

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 305 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 9/2020 VOM 1. SEPTEMBER 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Kein Platz mehr
im RuheForst Eberswalde**
Erweiterung wird verschleppt

8/9 | **Meinst du,
die Russen wollen Krieg?**
Die Befreiung von Eberswalde

11 | **Behördenversagen im
Landesamt für Umwelt**
Konsequenzen verlangt

Abrüsten statt aufrüsten!

Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung zum Weltfriedenstag am 1. September 2020 in Eberswalde.

Der diesjährige Weltfriedenstag findet im 75. Jahr nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges statt. Zum 75. Male jährten sich auch die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Der Abwurf der ersten amerikanischen Atombombe am 6. August 1945 auf Hiroshima hat ein Massaker angerichtet, 280.000 Menschen getötet und mehr als 100.000 verletzt. Drei Tage später folgte der Abwurf einer zweiten amerikanischen Atombombe über Nagasaki.

Dem folgte ein atomares Wettrüsten der Großmächte. Heute – 30 Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges – gibt es **weltweit 13.400 kleine und große Atomsprengköpfe**. Dieses Potential ist hinreichend, das Leben auf unserem Planeten auszulöschen.

Notwendig und verständlich war und ist es, daß **Internationale Abkommen zum Verbot des Einsatzes solcher Waffen abgeschlossen und die Bestände schrittweise reduziert werden**. Entgegen aller Vernunft haben die USA den **Atomwaffensperrvertrag** von 1970, der die Verbreitung der Atomwaffen unterbinden soll, aufgekündigt.

Der über den Atomwaffensperrvertrag hinausgehende und am 7. Juli 2017 von den Vereinten Nationen beschlossene **Atomwaffenverbotsvertrag** wurde bis August 2020 von 82 Staaten unterzeichnet und inzwischen von 44 Staaten ratifiziert. Unverständlicherweise ist die Bundesrepublik Deutschland dem Vertrag bisher nicht beigetreten!

Mit einem Städteappell fordern deutsche Städte die Bundesregierung dazu auf, dem Verbotsvertrag beizutreten.

Unterstützen wir durch unsere Teilnahme an der Kundgebung am Weltfriedenstag 2020, zu der das Bündnis für den Frieden Eberswalde

im Auftrag einer Gruppe von Mitwirkenden aufruft, den Beschluß der **STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG EBERSWALDE** vom 28. Mai 2020, sich dem Städteappell anzuschließen. Eberswalde ist **die 92. Kommune in der BRD, die sich dem Städteappell angeschlossen hat!**

Die Kundgebung am Weltfriedenstag findet in diesem Jahr auf dem Kirchhang neben dem Marktplatz statt – ein Ort, der nach der Bombardierung von Eberswalde im April 1945 durch die deutsche Luftwaffe bis heute unbebaut ist.

Unsere zentrale Forderung lautet: **Abrüsten statt aufrüsten.**

Die Veranstaltung beginnt mit einem musikalischen Vorprogramm um 16.30 Uhr und der offiziellen Eröffnung um 17 Uhr. Nach einem Glockengeläut um 17.50 Uhr schließt sich auf diesem Platz eine kirchliche Andacht mit Friedensgebet an, mit dem die Veranstaltung ihren Abschluß findet.

Wir rufen alle Friedensfreunde zur Teilnahme an der Veranstaltung auf, während der auch kurze persönliche Redebeiträge zum Thema Frieden am offenen Mikrofon möglich sind. Leisten wir unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens.

BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE

75 Jahre nach Hiroshima & Nagasaki

Eberswalde (bbp). Am 9. August, dem 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, hatte die Eberswalder Rotfuchs-Basisgruppe eine Aktion auf dem Marktplatz organisiert. Gut zwei Monate vorher stimmten die Eberswalder Stadtverordneten dem Vorschlag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur zu, daß die Stadt Eberswalde dem »Städteappell zum Verbot von Atomwaffen« beitrifft (BBP 2-3, 5 und 7-8/2009). Mit Stand 28.08.2020 haben 96 Städte und Gemeinden sowie 5 Landkreise und Regionen in der BRD den Appell unterzeichnet.

Die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki sind auch Gegenstand einer aktuellen Ausstellung des Luftfahrthistorischen Museums in Finowfurt. Die aktuell sechs Ausstellungstafeln sind der Anfang für ein umfangreiches Projekt in den nächsten Jahren. Hier soll für die nachwachsenden Generationen Aufklärungsarbeit betrieben werden. »Lernort Atomkrieg« heißt der Arbeitstitel des Projekts, das für und mit Schülerinnen und Schülern entstehen soll. Dabei soll es nicht nur um die »technischen« Auswirkungen auf das Leben von Hunderttausenden Menschen gehen, sondern auch um die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge.

(siehe auch Seiten 7-10)



Fotos: Rotfuchs

Ehrendes Gedenken

Wir trauern um unseren Freund und Genossen
Professor Dr. Heinrich Fink (Heiner).
 Er ist am 1. Juli 2020 verstorben.



Als gläubiger Mensch erlebte er in jungen Jahren selbst die Greuel des vom faschistischen Deutschland inszenierten 2. Weltkriegs mit. Die Kriegserlebnisse formten sein Bewußtsein und ließen ihn als Erwachsenen zum konsequenten Eintreten für den Frieden und eine demokratische Gesellschaft heranreifen. Er wurde Mitglied des Buchenwald-Komitees, übernahm in schwierigen Wendejahren verantwortungsbewußt das Rektorat über die Humboldt-Universität in Berlin, war dann auch zeitweise Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/ BdA) und angesehener Friedensaktivist. Mehrfach weilte er bei uns in Eberswalde (das Foto zeigt ihn bei seiner Rede am Weltfriedenstag 2015 auf dem Eberswalder Marktplatz) und gab sein reiches Wissen in Versammlungen und zum Weltfriedenstag an uns weiter. Wegen der bestehenden Einschränkungen durch die Coronapandemie kann keine größere Veranstaltung stattfinden, um ihn zu ehren. Nutzen wir die Gelegenheit am 1. September, dem Weltfriedenstag, in Eberswalde um 17 Uhr am Hang vor der Maria-Magdalenen-Kirche nach dem Ausklingen der Friedensglocke in einer Gedenkminute unsere Hochachtung ihm gegenüber kundzutun.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Stilles Gedenken

Aus Anlaß des 58. Geburtstages von Amadeu Antonio versammelten sich am Nachmittag des 12. August die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung »30 Jahre Gedenken an Amadeu Antonio« zu einem stillen Gedenken an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße. An dieser Stelle wurde Amadeu Antonio, der 1987 als Vertragsarbeiter aus Angola in die DDR gekommen war, in der Nacht vom 24. zum 25. November 1990 von einem rassistischen Mob gejagt und bestialisch zusammengeschlagen. Er starb wenige Tage später an den schweren Verletzungen.

Radikale Arbeitszeitverkürzung ist möglich

Fakten zur Automatisierung, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit

In Deutschland liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit zwischen 14,5% und 18,4%. Wir müssen nur die durch Hartz I bis IV weg definierten Arbeitslosen mit hinzuzählen bzw. eine Teilzeitbereinigung auf tarifliche Vollzeitstellen durchführen. Die latente Arbeitslosigkeit liegt sogar bei 57%.

Jeremy Rifkin beschrieb schon 1995 die einsetzende Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen in großen Unternehmen in den USA als die Einführung eines Zwei-Stufen-Systems. Den Teilzeitsektor bezeichnet er hierbei als »Die neue Reservearmee«.¹

Rifkin ist seit 2000 Berater der Führung der Europäischen Union. Er hat drei Präsidenten der Europäischen Kommission – Romano Prodi, José Manuel Barroso, und den derzeitigen Präsidenten Jean-Claude Juncker – sowie das Europäische Parlament beraten. Zahlreiche Staatsoberhäupter wie Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, Obama und Zapatero zählen auch hierzu. Rifkin ist Mitglied des Think Tank's ATLANTIKBRÜCKE und Gründer und Vorsitzender der FOUNDATION ON ECONOMIC TRENDS (FOET; Sitz in Washington DC, USA).²

Damit kann angenommen werden, daß Rifkins Zwei-Stufen-System bei der Einführung der Hartz I bis IV Gesetzgebung von 2002 bis 2005 Pate stand, durch das 1-Euro-Jobber und Beschäftigte mit mindestens 15 Stunden pro Woche nicht mehr als arbeitslos zählen, auch wenn sie hierdurch nicht den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien finanzieren können. Es ist in der Wirtschaft allgemein bekannt, daß

im Zeitraum von 1800 bis 2018 in Deutschland der Anteil an erwerbstätigen Personen in der Landwirtschaft und im produzierenden Sektor von 83% auf 26% sank. In anderen Industriestaaten sieht es ähnlich aus. In den USA sank derselbe Anteil von 1840 bis 2010 von 80% auf 22%. Der Anteil an erwerbstätigen Personen im Dienstleistungssektor stieg hiergegen in Deutschland von 17% auf 74% und in den USA von 20% auf 78%.³

Längst zählt das Buch von Prof. David Gaerber, *Bullshit Jobs*, zum Bestseller. Demgemäß sind 50% aller Arbeiten *Bullshit Jobs*, welche unnötig sind. Hiermit kommen wir auf eine latente Arbeitslosenquote von 57%. Die allgemeine Arbeitszeit ließe sich also mit Leichtigkeit auf 15 bis 10 Stunden senken, wenn alle Erwerbspersonen einer sinnvollen Tätigkeit nachgingen.

In unserem jüngsten Video »Automatisierung, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit« stellen wir diese Fakten im Zusammenhang dar.⁴

JÜRGEN KARL MANNECK,
 Die Basisdemokraten e.V.

1 – Jeremy Rifkin: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*; 1995; ISBN 3-593-37411-0; Seite 153.

2 – siehe: www.conmoto-speakers.de/speaker/jeremy-rifkin.html, linkezeitung.de/2020/02/20/der-amerikanische-marrionettenspieler-fuer-europa.de.wikipedia.org/wiki/Jeremy_Rifkin_u.a.

3 – www.die-basisdemokraten.de
<https://youtu.be/1UOijhLnF08>

4 – www.die-basisdemokraten.de/static/de/vision/vision.html#ziel2.

Bericht von der Auftaktveranstaltung:

30-jähriges Gedenken an Amadeu Antonio

Über 20 lokale Akteure und Akteurinnen aus der Stadt Eberswalde trafen sich letzte Woche in der Stadthalle im Familiengarten zum gemeinsamen Austausch. Ziel der Veranstaltung war, daß erste Ideen rund um das Thema Gedenken an Amadeu Antonio präsentiert, aber auch Veranstaltungs-Ideen, die die aktuelle Antirassismus-Debatte abbilden, koordiniert werden.

Nach einer Begrüßung der Teilnehmenden gab die ehrenamtlichen Koordinierungsgruppe der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« einen kurzen Rückblick auf die vergangenen Monate, in denen leider corona-bedingt nur wenige Planungstreffen stattfinden konnten. Dennoch soll am traditionellen Gedenken am 6.12. an der Gedenk-Tafel in der Eberswalder-Straße festgehalten werden. Unter anderem wurde auch selbstkritisch über die vergangene Gedenkveranstaltung mit dazugehöriger Demonstration diskutiert.

In Zukunft wünscht sich die Koordinierungsgruppe eine bessere Absprache zur Verkehrsführung mit den Verantwortlichen von

Polizei und Einsatzleitung. Die fünf Anliegen, die bei der letzten Gedenkveranstaltung im Dezember 2019 verlesen wurden, bilden weiterhin die Richtschnur für die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«.

In einer Gruppenarbeitsphase wurden bei der Auftaktveranstaltung die Themen Finanzierung, Dezentrale Veranstaltung und Öffentlichkeitsarbeit bearbeitet und erste Verabredungen getroffen. Alle Teilnehmenden sind sich einig, daß das Gedenken an Amadeu Antonio ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur in Eberswalde und ein Zeichen für den Kampf gegen Rassismus und rassistische Gewalt in und über Eberswalde hinaus bleiben wird.

Die Koordinierungsgruppe bedankt sich für die rege Teilnahme und freut sich weiterhin auf gute Zusammenarbeit. Interessierte, die gerne die Kampagne unterstützen wollen, können sich an folgende Mail-Kontaktadresse wenden: palancaev@gmx.de, Ansprechperson: Augusto Jone Munjunga.

Koordinierungsgruppe
 »LIGHT ME AMADEU«

Wir sitzen alle in einem Boot

Mitmach-Aktion für alle Klima-Bewegten



Dieser trockene Sommer zeigt auch allen, die es bisher nicht verstanden haben, daß ein rasches und konsequentes Handeln dringend notwendig ist. Umso enttäuschender fiel der lasche Kohle-Kompromiß aus. Das wollen wir so nicht stehenlassen!

Deshalb hat Greenpeace unter dem Namen »Energie-Turn« in mehreren Städten Ostdeutschlands auf dem Wasser eine Aktion für das Klima geplant. In Eberswalde fand die Aktion am 22. August statt. Mit einem Dutzend Kanus, Paddel- und Schlauchbooten, Ruderkähnen, Luftmatratzen etc. kreuzten wir am

Eberswalder Stadthafen auf dem Finowkanal. Dabei erhielten wir tolle Unterstützung von den Eberswalder fridays for future.

Unsere Forderungen kurz zusammengefaßt:

- Solar auf jedes Dach!
- Energiewende retten!
- Wind stärken!
- gegen Gasbohren!

Schaut auch gerne auf die schöne Website www.energie-turn.de, dort sind die Hintergründe und Forderungen ausführlich aufgeführt.

SUSANNE KRUIOPIS, Greenpeace Eberswalde

Eine Hunde-Ordnung

Wir begrüßen grundsätzlich die Verordnung des Bundeslandwirtschaftsministeriums zum besseren Schutz unserer vierbeinigen Freunde.

Allerdings haben wir an dem Vorschlag des von Julia Klöckner (CDU) geleiteten Ministeriums für eine neue Hundeordnung auch einiges zu kritisieren. Es heißt dort: »Einem Hund ist mindestens zweimal täglich für insgesamt mindestens eine Stunde Auslauf im Freien außerhalb eines Zwingers zu gewähren.«

Zu bemängeln sind bereits die Formulierungen. Die richtige Bezeichnung lautet: »Hündinnen und Hunde«!

Des weiteren dürfen Hündinnen und Hunde künftig nicht mehr den ganzen Tag allein zu Hause bleiben. Eine Betreuungsperson muß sich »mehrmals täglich« um das Tier kümmern. Auch das dauerhafte Halten von Hündinnen und Hunden an Kette oder Leine wird dann verboten.

Für die Lokalpolitiker in Kreis und Stadt ergibt sich die Pflicht, rechtzeitig diese gesetzlichen Grundlagen der Hundeverordnung, auf Kreis- und Stadtebene umzusetzen. Speziell für die Stadt Eberswalde ist eine aktuell angepasste Stadthundesatzung (StaHuS) zu erarbeiten, um die bisherigen Regelungen anzupassen. Nur im Brandenburgischen Viertel existiert gegenwärtig ein Auslaufplatz für Hündinnen und Hunde. Für die nicht motorisierten Besucher dieser Einrichtung sollte die Stadt Eberswalde ein kostenloses Obusticket für Hündinnen und Hunde bereitstellen. Das fördert dann auch die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel. Für Einkommensschwache sollte nach entsprechender Antragstellung ein Maulkorb aus Stoff kostenlos geliefert werden. Dieser Maulkorb könnte dann mit Werbung städtischer Einrichtungen versehen werden.

Es gilt noch, einen Vorschlag zur Kontrolle der neuen Regelungen zu unterbreiten. Sowohl die Kreisverwaltung als auch die Stadtverwaltung sind in der glücklichen Lage, daß deren Personal aufgestockt wurde. Das zusätzliche Personal kann bequem zur Überwachung der Einhaltung der StaHuS, speziell zur Kontrolle der Ausführzeiten von Hündinnen und Hunden eingesetzt werden. Somit wird der Bürger vor der weiteren Bürokratie geschützt und Stadt- und Kreisverwaltung müssen sich keine Gedanken machen, wie die zusätzlichen Mitarbeiter sinnlos beschäftigt werden sollen.

Unsere Vorschläge gehen indes weiter als die des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Wir fordern für unsere vierbeinigen Freunde eine Krankenversicherungspflicht. Private Krankenversicherungen für Hunde gibt es bereits. Wir wollen aber keine Zweiklassenveterinärmedizin und die Spaltung der Gesellschaft der Hundehalter nicht vertiefen. Als guter Nebeneffekt schafft die Einführung der Krankenversicherungspflicht für Hündinnen und Hunde zusätzliche Arbeitsplätze.

Darauf ein gesundes Wauwau.

Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde

Wasser – ein knappes Gut

Bündnisgrüne schlagen Barnimer »Wassergipfel« vor

Eberswalde (bbp). Der dritte Dürresommer in Folge zeige, heißt es in einer Pressemitteilung des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen, daß in Brandenburg das Wasser knapp werde. Auch im Barnim würden die Pegel fast aller Seen und das Grundwasser, aus dem wir unser Trinkwasser beziehen, zurückgehen. Erste Brunnen versiegen.

Dazu erklärt Dr. MICHAEL LUTHARDT, Sprecher des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen: »Wasser wird in Zukunft immer mehr zu einem knappen Gut. Mit dieser Tatsache müssen wir umgehen und umdenken. Die Entnahme von Wasser aus Oberflächengewässern im Sommer zu verbieten, ist nur ein Weg. Wir müssen weiter denken.«

Michael Luthardt schlägt daher vor, gemeinsam mit allen Landnutzern und den Kommunen langfristige Konzepte zum Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Wasser zu erarbeiten.

»Wasser darf nicht mehr aus unserer Region abfließen. Gereinigtes Abwasser muß zur Versickerung gebracht werden. Das bei starken Regenfällen anfallende Wasser darf nicht achtlos über Gullys abgeführt, sondern muß auf ausgewiesenen Flächen zurückgehalten werden. Alle zur Entwässerung dienenden Gräben und Vorfluter sollten verschleißbar sein.«, so Michael Luthardt.

Um eine Konzepterarbeitung möglichst schnell in Angriff zu nehmen, schlagen Bündnis 90/Die Grünen einen Wassergipfel im Landkreis vor.

Jahresniederschläge in der Region (in l/qm)

Jahr	Heckelberg	Friedrichswalde
2015	502	460
2016	456	466
2017	711	745
2018	418	416
2019	552	588
2020*	540	432

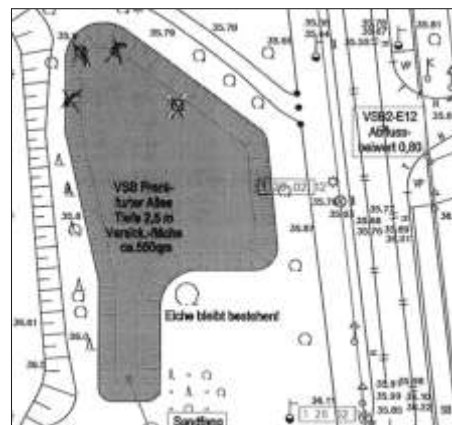
* 2020 wegen auf das Gesamtjahr hochgerechnet anhand der Niederschläge bis Ende August (360 l/qm in der Meßstelle Heckelberg, 288 l/qm in Friedrichswalde)

Regenentwässerung zur Landschaft passend

Eberswalde (bbp). Statt das Regenwasser in die Finow und damit letztlich in die Ostsee abzuleiten, kann das Wasser mittels Regenversickerung in der Landschaft gehalten werden. Dies ist in Eberswalde erklärtes Ziel. Solche Versickerungsanlagen sollten möglichst ästhetisch, der Landschaft angepaßt und naturnah gestaltet werden. Das forderte nicht zuletzt die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur (BBP 7-8/2020).

Wie die Baudezernentin Anne Fellner informierte, wird dieses Ziel bei dem geplanten Versickerungsbecken an der Frankfurter Allee im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Ging die im November 2019 beschlossene

Entwurfsplanung noch von einem reinen »technischen Bauwerk« aus, wurde das Versickerungsbecken nun »in seiner Form und Lage der örtlichen natürlichen Gegebenheit angepaßt. Der Baumbestand wurde weitestgehend bis auf 4 Bäume erhalten.« Erhalten bleibt auch die markante Eiche in der Mitte der Fläche. »Auf der Fläche neben dem Becken werden auch weiterhin Bäume, Sträucher und Gräser und Blumen wachsen.« Aus Sicherheitsgründen müsse das Becken nach Fertigstellung mit einem Zaun gesichert werden. Das Becken selbst werde oberhalb der Versickerungsfläche naturnah mit Oberboden angegedeckt und mit Rasen begrünt.



Kein Platz mehr im RuheForst Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Waldbestattungen im RuheForst Eberswalde erfreuen sich – sofern dies bei Bestattungen so gesagt werden kann – großer Beliebtheit. Die vorhandenen Flächen im RuheForst an der Straße nach Angermünde sind inzwischen fast alle belegt

»Als Betreuer des RuheForstes Eberswalde, haben wir bereits vor vier Jahren angemahnt, daß nicht mehr genügend Plätze im RuheForst für die Kunden zur Verfügung stehen«, schrieben Tino Flindt und Frank Kaeding von der RuheForst GmbH jetzt an die Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV). »Nach langem Suchen und Abwägen gemeinsam mit dem Stadtförster und der Friedhofsverwaltung war dann nach einem Jahr eine neue Fläche gefunden. Diese Fläche befindet sich in Süddend, am Ende der Bernauer Heerstraße, hinter dem Sportplatz Richtung Fachhochschule.«

Die Stadtverwaltung hatte den Stadtverordneten im März 2019 eine Beschlußvorlage zur Errichtung dieses neuen RuheForstes vorge-schlagen. Im Ergebnis hatten die Stadtverordneten die Stadtverwaltung beauftragt, ein Antragsverfahren zur Genehmigung des neuen RuheForstes in die Wege zu leiten.

»Der Antrag«, so die beiden RuheForstler, »wurde jedoch bis heute beim Landkreis nicht gestellt. Der ehemalige Stadtförster Herr Krüger, hatte im Auftrag der Verwaltung, im Vorfeld der Beantragung mit den einzelnen Trägern öffentlicher Belange den Antragsinhalt besprochen und abgestimmt, so daß einer Genehmigung nichts im

Wege stehen sollte.« Da kleine Änderungen an der Friedhofssatzung notwendig werden, sollten diese im März dieses Jahres in den Ausschüssen und der StVV auf der Tagesordnung stehen, was allerdings nicht geschah.

»Wir haben den Eindruck, als würde von der Stadtverwaltung – im speziellen von der Friedhofsverwaltung immer neue Gründe gesucht, um das Ausweisen dieser neuen Friedhofsfläche zu verhindern. So soll derzeit geprüft werden, ob die Bäume auf der vorgesehenen Fläche die Auswirkungen des Klimawandels überstehen werden. Diese Prüfung sollte sich noch bis Juni hinziehen.« Die beiden Forstingenieure hatten ihre Sicht gegenüber der Stadtverwaltung bereits im Januar geschildert. »Es ist klar, und das wird den Kunden gegenüber auch so kommuniziert, daß zu jeder Zeit im Wald Bäume aus unterschiedlichen Gründen absterben können, natürlich auch auf Grund von Klimaveränderungen. Trockenstreß z.B. erhöht die Gefahr des vermehrten Befalls einzelner Individuen mit Pilzen und Insekten. Die Konsequenz hieraus sollte aber nicht das Einstellen der Bewirtschaftung als Bestattungswald sein. Die Grabstellen im RuheForst werden zwar an den Wurzeln der Bäume vergeben, jedoch wird nicht der Baum sondern das Recht zur Beisetzung an diesem Baum er-

worben. Eventuell abgestorbene Bäume werden primär durch ein Exemplar aus der natürlichen Verjüngung oder ggf. durch Pflanzung ersetzt (bislang 2 Bäume).« Das sei den Erwerbern der Grabstellen bekannt und werde auch problemlos akzeptiert.

Schließlich verweisen die RuheForst-Vertreter darauf, daß das betriebliche Ergebnis des RuheForstes für die Stadt Eberswalde immer noch stark positiv sei. Seit der Eröffnung des RuheForstes habe die Stadt mehr als 800.000 Euro durch den Verkauf von Grabstätten eingenommen, bei minimalem Aufwand. Die Zahl der Waldbestattungen liege seit Jahren konstant bei etwa 600 Personen pro Jahr. »Wir stehen derzeit unter massivem Druck von Kundenanfragen zu Grabstätten die wir auf der bisherigen RuheForst-Fäche nicht mehr, oder nicht mehr befriedigend erfüllen können.«

Oskar Dietterle von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur unterstützt das Anliegen von Flindt und Kaeding. »Wir müssen die Verwaltung auffordern, den Beschluß der StVV endlich umzusetzen«, schrieb er aus seinem Frankreich-Urlaub. Die Fraktion werde das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung setzen.

Eberswalde (bbp). Sie sind bei Wind und Wetter draußen auf dem Feld – bleiben beim Thema Rente aber jetzt im Regen stehen. Für viele Beschäftigte in der Landwirtschaft steht im Landkreis Barnim die betriebliche Zusatzrente auf dem Spiel. Davor warnt die Industriegerwerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Der Grund: Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge zum Jahresende gekündigt. Die Landwirtschaft beschäftigt im Kreis Barnim nach Angaben der Arbeitsagentur 700 Menschen.

»Wer Kühe melkt oder Äcker pflügt, hat meist nur ein geringes Einkommen. Um im Alter nicht in die Armut zu rutschen, sind die Beschäftigten drin-

Landarbeiter in die Altersarmut

Beschäftigte in der Landwirtschaft müssen um Zusatzrente bangen

gend auf die Zusatzrente angewiesen«, sagt Astrid Gehrke. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland ruft die Landwirtschaftsunternehmen dazu auf, die Kündigung zurückzunehmen. Die betriebliche Extra-Rente sei eine »wichtige Säule« in der Altersvorsorge. »Ein Sparen an der Zusatzrente ist ein Sparen am falschen Ende. Denn ohne solche Anreize wird die Suche nach Personal für landwirtschaftliche Betriebe noch schwieriger als bisher«, betont Gehrke. Zwar hätten Gewerkschaftsmitglieder nach ak-

tuellem Stand auch über 2020 hinaus Ansprüche auf den Renten-Tarifvertrag. Die IG BAU fordert jedoch eine verpflichtende Lösung für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die Betriebsrenten werden vom Zusatzversorgungswerk in der Land- und Forstwirtschaft (ZLF) organisiert. Für einen Beschäftigten macht die Extra-Rente nach 40 Beitragsjahren aktuell durchschnittlich 52 Euro im Monat aus.

S-Bahn im Zehn-Minuten-Takt Nicht »klimaneutral«

2021 wird die CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel eingeführt. Sie soll Autofahrer dazu bewegen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Doch dazu müßten Busse und Bahnen auch in ausreichender Kapazität und Taktdichte vorhanden sein.

In Bernau und Panketal warten inzwischen über 60.000 Menschen auf einen Zehn-Minuten-Takt der S-Bahn. Seit Jahrzehnten werden sie von der Landesregierung hingehalten. Die Bürger erwarten, daß nun endlich gehandelt wird. Unsere Kleinen Anfragen im Landtag zeigen, daß eine Umsetzung problemlos machbar wäre. Die Landesregierung hatte beispielsweise mitgeteilt, daß sie die Position der Deutschen Bahn teilt, daß für den zuverlässigen Zehn-Minuten-Takt kein zweites Gleis erforderlich sei. Brückenabschnitte mit zusätzlichen Gleisen seien nicht geplant und für den Zehn-Minuten-Takt auch nicht erforderlich.*

Gemäß dieser Antworten kann der reguläre Zehn-Minuten-Takt bis Bernau nicht am Mangel eines zweiten Gleises scheitern, sondern vor allem mangels Beauftragung an die Bahn und an zu wenigen Zügen. Ein Schluß, zu dem auch der Bahnexperte Rolf Schlöffel in seiner Untersuchung kam.

Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER im Landtag Brandenburg fordert daher von der Landesregierung nun in Verbindung mit dem VBB folgende Maßnahmen:

1. Einrichtung eines dreimonatigen Testbetriebs des 10-Minuten-Takts der S2 bis Bernau beginnend im ersten Quartal 2021. Dabei soll sich der Test zunächst auf die Stoßzeiten von 6-9 und 15-18 Uhr werktags beschränken. Dieser Test soll belegen, daß der 10-Minuten-Takt

auch ohne zweites Gleis möglich ist. Er soll auch eventuelle Probleme offenlegen, die noch zu beheben sind.

2. Landesregierung und VBB sollen nach erfolgreichem Testbetrieb die entdeckten Probleme beseitigen und anschließend bis spätestens bis Ende 2021 in den Stoßzeiten werktags einen 10-Minuten-Takt bis Bernau einführen.

3. Landesregierung und VBB werden aufgefordert die entsprechende Anzahl von Zügen zu kaufen, damit in kürzester Zeit der 10-Minuten-Takt dauerhaft auch außerhalb der Stoßzeiten eingeführt werden kann. Die Projektbeteiligten sollen einen verbindlichen Zeitplan nennen, bis wann der reguläre 10-Minuten-Takt eingeführt ist. Hierbei ist eine Einführung spätestens im Jahr 2026 zu avisieren, um den 10-Minuten-Takt der S-Bahn auch in den zu diesem Jahr neu zu erstellenden kommunalen Nahverkehrsplan einbinden zu können.

BVB/Freie Wähler sind der Auffassung, daß es möglich sein sollte, binnen 6 Jahren neue S-Bahnen zu beschaffen. Entsprechend muß es der Landesregierung möglich sein, endlich ein konkretes Jahr für die Umsetzung des Zehn-Minuten-Taktes zu nennen.

PÉTER VIDA

* Siehe Antwort der Landesregierung auf Kleine Anfrage »10-Minuten-Takt der S2 für Panketal und Bernau und 30-Minuten-Takt RE3 Bernau« des Landtagsabgeordneten Péter Vida, Drucksache 7/1105

Bürgerbeteiligung in der Ebertstraße Süd

Mit dem Rückzug von der Änderung des Flächennutzungsplans für Friedrich-Ebert-Straße Süd ist zwar der kritisch diskutierte Entwurf des Investors vom Tisch, aber die Bebauung der Fläche an sich wurde in keiner Weise in Frage gestellt. Weiterhin ist eine »bauliche Gestaltung« der Fläche und die Erstellung eines Bebauungsplan das erklärte Ziel der Stadtverwaltung.

Die Stadt lädt nun zu einer »Bürgerinfo und Beteiligung – Perspektive Friedrich-Ebert-Straße Süd« ein, die am 15. September von 14-18 Uhr in der Friedrich-Ebert-Straße stattfinden soll.

Diese Information kann man aus dem aktuellen Amtsblatt entnehmen.

Diese Beteiligung wird zeigen, ob die im August 2019 genannten »Anregungen, Hinweise und Vorschläge zur baulichen Gestaltung der Fläche in den weiteren Planungs- und Diskussionsprozeß« tatsächlich berücksichtigt werden. Jede und jeder, der die Grünfläche erhalten



FOTOS: GERO MARMANN

möchte oder bestimmte Bedingungen für eine Bebauung sieht, sollte dem Aufruf folgen.

Ein Indiz dafür, wie ernst die Stadt es mit der Bürgerbeteiligung meint, könnte die sehr bürgernahe Uhrzeit von Dienstag 14 Uhr sein! Na gut, es soll sich um einen Auftakt handeln. Nehmen wir mal das Beste an.

PAUL VENUß

Frisches Holz aus dem Wald hat mit einem Wassergehalt von 40% einen Heizwert von 2,73-2,85 kWh/kg, im Schnitt 2,8 kWh/kg. Das Holzkraftwerk Eberswalde mit seiner Leistung von 20 MW erzeugt je Stunde 20 MWh. Dafür muß der Ofen jede Stunde mit 24 t Holz gefüttert werden. Bei 2,8 kWh/kg ergibt das eine Heizleistung von 67.200 kW, um 20 MWh Strom zu erzeugen. Der sich daraus ergebende Wirkungsgrad beträgt damit gerademal 30%!

Die Holzmasse im Verhältnis Festmeter zu Raummeter beträgt etwa 0,5. Daraus ergibt sich, daß 1 t Holz etwa 2 Raummeter (Rm) entsprechen. Als Betriebszeit werden für solche Anlagen ca. 8000 Stunden pro Jahr angenommen, die übrige Zeit wird für Instandhaltungsarbeiten benötigt. In dieser Zeit müssen dem Ofen also jede Stunde 48 Rm Holz zugeführt werden, mal 8.000 h, gleich 384.000 Rm.

Wie sieht es aber mit dem als klimaneutral von der Politik angenommenen CO₂-Ausstoß aus? Bei der Verbrennung von 24 t Holz in einer Stunde werden 26 t CO₂ freigesetzt, die im Holz gespeichert waren. Das ergibt sich daraus, daß etwa 50% der Holzmasse Kohlenstoff (C) ist und jedes Kohlenstoffatom zwei Sauerstoffatome (O₂) beim Verbrennen hinzu nimmt, wodurch dann das klimaschädliche Molekül CO₂ entsteht und freigesetzt wird. Hinzu berücksichtigt werden muß der Wassergehalt des frischen Holzes von 40%. Dadurch ergibt sich dann, daß mehr CO₂ aus dem Schornstein geblasen wird, als an Holzmasse in den Ofen gesteckt werden muß.

Ich nehme an, daß diese Tatsache unseren Politikern, gerade auch denen vor Ort, nicht bewußt ist. Sonst würden sie die Holzverbrennung nicht so vehement als klimaneutral verteidigen und sogar als Segen darstellen!

Insgesamt werden also nur durch den Verbrennungsprozeß in den 8000 Stunden Betriebszeit pro Jahr 208.000 t CO₂ aus dem Schornstein geblasen. Dabei ist nur die Verbrennung selbst betrachtet. Hinzuzurechnen ist aber mindestens noch der CO₂-Verbrauch für das Fällen und den Transport des Holzes sowie das Zerkleinern zu Hackschnitzeln.

Ich hoffe, daß diese Zahlen und die Vergleiche dazu mehr Verständnis für die Schädlichkeit der Holzverbrennung gerade jetzt in den Zeiten des Klimawandels geweckt haben. Man kann Wissenschaftlern wie Professor Ibisch nur uneingeschränkt recht geben und hoffen, daß endlich auch bei den Politikern ein Umdenken ausgelöst wird. Mutter Natur braucht die Menschen nicht, umgekehrt schon, wenn die drohende Klimakatastrophe verhindert werden soll, erste Anzeichen dafür hat es ja auch schon in unserem Umland vermehrt gegeben. Jeder ist verpflichtet seinen Kindern und Enkelkindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen und kein Klimachaos, wovon es weltweit betrachtet schon genügend gibt.

BERND POMRAENKE 5

Ziellos? (Teil 6)

Wir alle haben Erfolge vorzuweisen: Schulabschluß, Lehre, Schwimmkurs absolviert, Führerschein bestanden und noch vieles mehr. Allerdings neigen viele Menschen dazu, negative Erfahrungen und Mißerfolge überzubewerten. Und wir kennen natürlich die Erfahrung, daß uns manche Dinge auch nicht gelungen sind. Manchmal sind wir sogar so frustriert, daß wir einfach aufhören, uns Ziele zu setzen, um diesen Schmerz, der mit Mißerfolgen einhergeht, nicht mehr spüren zu müssen.

Wenn wir den Fokus auf erfolgreiche Menschen setzen, dann werden wir feststellen, daß auch diese Menschen viele Niederlagen erlitten haben, sich aber trotzdem nicht unterkriegen lassen. Wer es schafft, die Stolpersteine zu analysieren, die zum Mißerfolg geführt haben, hat damit Entscheidendes auf dem Weg zum Erfolg gelernt. So formuliert der Volksmund: »Aus Fehlern wird man klug«.

Ziele sollten fünf Bedingungen erfüllen:

1. Ziele sollten *spezifisch*, also so konkret ausformuliert wie möglich sein, statt: »Ich möchte mehr Sport machen« lieber: »Ich laufe dreimal die Woche 30 Minuten vor dem Frühstück«.
2. Ziele sollten *meßbar* sein, also z.B. in der Art: »Ich möchte 10 kg abnehmen«.
3. Ein Ziel sollte *angemessen*, akzeptiert und attraktiv sein. Ein Ziel das uns innerlich widerstrebt, ist kaum erreichbar.
4. Ziele sollten *realistisch* sein. Das Ziel kann durchaus ehrgeizig gewählt sein, aber das Ziel sollte so gewählt werden, daß es von Ihnen selbst umsetzbar ist. Wenn Sie also darauf angewiesen sind, daß ein Kollege zuerst etwas vorbereiten muß, bevor Sie tätig werden können, dann liegt die Erreichung des Ziels nicht komplett in Ihrer Hand.
5. Ziele sollten *terminiert* werden, also z.B. »Ich möchte bis zum Jahresende 10 kg abgenommen haben«.

Oftmals sabotieren wir uns selbst, so daß wir Ziele nicht erreichen. Wir lassen es zu, daß uns Überzeugungen wie »Ich kann nicht abnehmen, weil ich nicht auf Schokolade verzichten kann« zu Ausreden werden. Diese Ausreden machen das Ziel unerreichbar. Solche Bewertungen sind nicht funktional, da sie nicht zur Zielerfüllung führen. Deshalb ist es wichtig, die Sprache zu verändern, sich immer wieder das gewünschte Ziel in Erinnerung rufen wie: »Ich ernähre mich von Tag zu Tag gesünder«. Eine solche Denkweise eröffnet uns die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen.

Nutzen Sie Ihre Vorstellungskraft und stellen Sie sich vor, daß Sie Ihr Ziel schon erreicht haben. Bei Profisportlern ist das eine alltägliche Übung, so stellen sich Eiskunstläufer den perfekten Ablauf der Kür immer wieder vor. Mit dieser Technik erschaffen wir uns einen kleinen Vorteil, der zum Schluß den kleinen Unterschied ausmachen kann.

Wenn Sie Hilfe bei der Zielfindung benötigen oder bei der Umsetzung von Zielen, können Sie sich an einen Fachmann wenden, z.B. einen Berater oder Coach.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

»Wer im Glashaus sitzt ...«

Zum Leserbrief von H. Schult: »Jedem wird geholfen, der nach Hilfe fragt« (BBP 7-8/2020)

Heiko Schult bemüht anmutige Begriffe wie Eigenverantwortung, Rechte und Pflichten von Bürgern respektive die allgemeinen Grundrechte – erwähnt im Beitrag, den Zeigefinger erhebend, die gesellschaftliche Grundordnung und verweist bspw. auf notwendige fachmännische Kenntnisse der Bundeswehr im besonderen Verwaltungsrecht innerhalb des Gesundheitsamtes der Kreisverwaltung während der Coronakrise, welche die Fernmeldesoldaten zweifellos haben.

Ich habe unvermeidlich den Eindruck gewonnen, daß da ein täglich dienstbeflissener Verwaltungsangestellter ein Büro betritt – dies allerdings mit sehr breiten Scheuklappen. Der Schreiber braucht sich anscheinend nicht mit gravierenden Vorgängen im direkten Umfeld auseinanderzusetzen, welche die Gesundheit beruflich anvertrauter Personen oder den rapiden Verfall historischer Kulturgüter, so in der ältesten Werksiedlung der Mark Brandenburg, der historischen Messingwerksiedlung im Stadtteil Finow betrifft.

Als Erwerbsminderungsrenter gehöre ich nach einer überstandenen Hirnblutung gesundheitsbedingt nicht mehr zu den körperlich aktiven Leistungsträgern der Gesellschaft. Trotzdem rechne ich mich immer noch zu einer Generation, der es vorgegeben ist, Probleme selbständig zu erkennen, zu benennen sowie zur Lösung beizutragen und keinesfalls Teil dessen zu werden. Die Augen verschließen oder einfach weglauen durfte in meinem langen Arbeitsleben niemals ein Lösungsansatz sein. Voraussetzung dafür sind allerdings diverse fachspezifische Berufsausbildungen.

Bedauerlicherweise werfen etliche Zeitgenossen ein schlechtes Licht auf die eigene Zunft, v.a. weil sie aus Gründen der Selbstprofilierung, eigenem Karrieredenken oder einer positiven Außendarstellung des Unternehmens Grundwerte wie Ehrlichkeit, Offenheit, Hilfsbereitschaft und gegenseitige Rücksichtnahme eiskalt über Bord werfen. Sie setzen sämtliche Gesetze, Richtlinien und Regeln außer Kraft, welche geschaffen worden sind, um primär Schaden an der Sache zu verhindern. Bei Entdeckung wird dann vehement gelehnet und gelogen. Ich mußte während der letzten Dekade täglich erfahren, daß in Amtsstuben willkürlich Konflikte geschaffen wurden, um die weitere Existenz von Behörden zu rechtfertigen. Das setzte jedoch voraus, daß ich zwangsläufig als unbelehrbarer Querulant eingestuft werde, der praktisch ohne Unterbrechung völlig falsch liegt.

Es wurde nicht einmal das Behindertengleichstellungsgesetz herangezogen, obwohl Eberswalde eine »Behindertenbeauftragte für die Integration behinderter Menschen« beschäftigt. Konkrete Hilfe blieb dort aus. Im Gegenteil – die unerträgliche Odyssee wird, vorausgesetzt der Behindertengrad 70 wird ausgeblendet,

ohne dringende Hilfeleistungen geduldet. So viel zu der blauäugigen Vorstellung, daß jedem Bürger geholfen wird, der nach Hilfe fragt.

Zur Messingwerksiedlung sollte nicht nur der Wasserturm gehören, sondern ein intaktes, wohnliches Umfeld, das eventuelle Mieterhöhungen rechtfertigt. Der Mensch hat laut Verfassung das Recht auf eine angemessene Wohnunterkunft – das Wohnumfeld eingeschlossen.

Der Beitrag von Herrn Schult erscheint angesichts meiner monatelangen Odyssee durch den heimischen Verwaltungsdschungel zynisch und demütigend. Die unzähligen Verbringungen führten mich nach 14 Jahren Wohnraumnutzung meiner eigenständig hergerichteten behindertengerechten Wohnung sowie nach einer zweifelhaften Zwangsräumung für mehrere Monate auf eine Station der »Psychosomatischen Krisenbewältigung« in die Nervenklinik, danach in eine menschenverachtende sogenannte städtische Obdachlosenunterkunft, letztendlich und hoffentlich nur vorübergehend in eine minimalistische Einrichtung des »Betreuten Wohnens« fernab von jeder medizinischen Betreuung bzw. den bereits erlangten sozialen Kontakten nach dem Aneurysma. Zahlreiche hochwertige, persönliche und auch medizinische Gegenstände gingen unterdessen dabei verloren.

Mein ehemaliger Lebensmittelpunkt, die denkmalgeschützte Messingwerksiedlung, ist indes verwaltungstechnisch derart heruntergewirtschaftet, daß die Ärzteschaft ein Betreten der ehemals behindertengerechten Wohnung ernsthaft in Frage stellte, wohlwissend, daß der Heilungsprozeß trotz meiner erfüllten Bürgerpflicht zum Melden des maroden Bauzustandes der Wohnanlage in 2016 (!) bereits zum Stillstand kam. Atteste belegen diese Aussagen.

In den letzten zehn Jahren wurden außer zahlreichen Mitgliedern der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nachweisbar u.a. auch das Gesundheitsamt, die Denkmalschutzbehörde und mehrfach auch Mitglieder des Fördervereins »Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V.« über den desolaten Zustand der historischen Wohnsiedlung und des angrenzenden Areals informiert.

Ich mußte mich trotz eines privat in Auftrag gegebenen seriösen Baugutachtens mit den absurdesten Reaktionen des Wasserturm-Fördervereins zufrieden geben. Der Leserbriefschreiber gesellt sich nahtlos zu den verantwortungslosen Instanzen, die den Verfall eines traditionsbehafteten Stadtteiles irreparabel vorantreiben, indem er in seinem Leserbrief betroffene Menschen auffordert, sich zu bewegen und nicht immer die Schuld bei anderen zu suchen, obwohl der Schreiber selbst Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Vereins »Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V.« ist.

MIKE SCHARLIPP

Weltfriedenstag in Bernau:

Wenn der Tod von oben kommt

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, lädt DIE LINKE.Bernau ab 16 Uhr zu einer Aktion auf Vorplatz des Bahnhofs Bernau ein: **Wenn der Tod von oben kommt – Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!**

Kampfdrohnen waren bisher eine rote Linie bei der Bundeswehr. Nun aber ebnet die Bundesregierung den Weg zur Bewaffnung der Aufklärungsdrohne des Typs Heron TP. Dafür wurde bereits rund eine Milliarde Euro ausgegeben. Die Kosten für diese Waffen sind enorm. Außerdem sind Kampfdrohnen völkerrechtlich weltweit höchst umstritten. Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt die Schwelle zur Anwendung von Gewalt und gleichzeitig steigt die Bereitschaft, Kriege zu führen. Gezielte Tötungen

und unzählige zivile Opfer sind schon jetzt die Folgen. Die Heron TP wird (noch) von Piloten gesteuert. Der Schritt zu autonomen tödenden Waffensystemen ist längst vorprogrammiert. Ein Krieg ohne eigene Soldaten, aber mit vielen getöteten Menschen? Dieses Szenario könnte bald Realität sein.

Die Linke will keine Kriege! Sie will friedliche Konfliktlösungen und eine weltweite Abrüstung. Wir stellen uns entschlossen gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen! Statt die weltweite Rüstungsspirale anzuzünden, sollten wir dieses Geld sinnvoll ausgeben. Die Pandemie zeigt, wo es wirklich gebraucht wird: in unseren Gesundheits- und Sozialsystemen und in der Neu-Orientierung unseres Wirtschaftens.

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, laden wir von 16 bis 18 Uhr auf dem Vorplatz vom Bahnhof Bernau zu einer Aktion für den Frieden ein, um gemeinsam ein Zeichen vor allem gegen Kampfdrohnen zu setzen. Mit einem Transparent sowie Infostand verleihen wir unseren Forderungen Ausdruck:

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr – Aufrüstung stoppen! Wir wollen ein Verbot von Rüstungsexporten und die Beendigung aller Auslandseinsätze! Kriegsbeteiligung und Militärpräsenz in der Welt sind keine Mittel unserer Politik! Wir wollen Konflikte weltweit friedlich lösen!

MARTIN GÜNTHER,
Stadtvorstand DIE LINKE.Bernau

Picknick-Gruppe verurteilt



Günter Wimmer, Klaus Bürkle, Dr. Brigitte Janus, Gerd Büntzly und Dieter Reckers (v.l.), die »Picknick-Gruppe« von Büchel17, warnten am 19.6.2020 vor dem Amtsgericht Cochem: »Atombomben in Büchel: deutscher Beitrag zum atomaren Massenmord!«

Cochem (dfg/bbp). Etwa zur gleichen Zeit, als Roger Waters seinen Antikriegssong wieder veröffentlichte (siehe Seite 9), verurteilte das Amtsgericht Cochem (Eifel) fünf Atomwaffengegner wegen »Hausfriedensbruch« zu 30 bis 60 Tagessätzen, ersatzweise Haft. Wie es in einer Pressemitteilung von »Büchel17« heißt, haben drei der Verurteilten Berufung eingelegt.

Die Kriegsgegner im Alter von 60 bis 77 Jahren hatten im Rahmen einer Aktion zivilen Ungehorsams gegen die auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel eingebunkerten US-Atombomben protestiert, indem sie zwischen zwei stacheldrahtbewehrten und mit Videoanlagen bestückten Umzäunungen des Atombomben-Standorts Büchel einen »Zivilen Sicherheitsbereich« ausgerufen und ein »atomwaffenfreies Frühstück« auf einer blumengeschmückten Picknick-Decke veranstaltet hatten. Gleichzeitig hatte eine zwölfköpfige Gruppe der Büchel17 das Militärgelände zu einer friedlichen Mahnwache betreten. Die gemeinschaftliche Aktion führte zeitweise zur Unterbrechung des militärischen Flugbetriebs. Die zweite Gruppe wurde ebenfalls angeklagt.

Vor Gericht erinnerte der angeklagte Rentner Dieter Reckers (77 J.) an den Angriff der

Alliierten auf seinen Heimatort Münster am 25.3.1945 mit 150.000 Brandbomben. Jede der beiden auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben habe die Zerstörungskraft dieses Brandbombenangriffs noch überstiegen, erläuterte er. Und jede der heute in Büchel stationierten US-Atombomben habe die dreizehnfache Sprengkraft der beiden 1945 detonierten Atombomben. Mit Blick auf die »Nukleare Teilhabe« Deutschlands an den US-Atombomben erklärte Reckers: »Die Drohung mit einem so unmenschlichen Schrecken ist eine schreckliche Unmenschlichkeit.« Der mitangeklagte Günter Wimmer (77 J.) aus München mahnte: »Wenn die Atombomben fallen, dann ist es zu spät. Jetzt ist die Zeit zum Handeln!«

Das Gericht erklärte, diese Gefahr sei nicht »gegenwärtig«. Einen Beweisantrag, der auf das steigende Risiko eines Atomkriegs hinweisen sollte, ließ das Gericht nicht zu. »Der von uns vorgeschlagene Sachverständige, Professor Karl Hans Bläsius«, sagte Klaus Bürkle (60 J.) aus Ortenberg, »hätte dem Gericht den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und dem Risiko eines Atomkriegs aus Versehen verdeutlichen können. Der Richter hat es aber leider abgelehnt, sich mit der Höhe des Risikos zu beschäftigen.«

Wahlverhalten

Die, die Politik gestalten,
Wundert Volkes Wahlverhalten.
Dabei hieß es immer schon,
Für gute Arbeit – guter Lohn.

Wozu jammern oder fluchen,
Wozu Schuld bei anderen suchen?
Politik muß massentauglich sein!
Sonst bricht sie mördermäßig ein.

Schon früher haben ungeniert,
Parteien am Volk vorbeigiert.
Zum Volk gehören alle Schichten,
Das möchte ich einmal verdichten.

Die schon immer vieles hatten,
Die gehören zu den Satten.
Der, der förmlich schwimmt im Geld,
Der liebt natürlich diese Welt.

Mittelständlern, weder arm, noch reich,
Ging's zu allen Zeiten gleich.
Schwankend wie ein Rohr im Wind.
Sie mal für Diese, mal für Jene sind.

Der auf der unteren Stelle steht,
Der oftmals Flaschen sammeln geht,
Der, die Satten sollten es glauben,
Der sieht die Welt mit anderen Augen.

Will jemand Politik verkaufen,
Muß sie für alle Schichten taugen.
Wer das dauerhaft negiert,
Für den hat's sich bald ausregiert.

Im 75. Jahr nach der Befreiung von Eberswalde:

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

In diesem Jahr wurde der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und des Sieges des sowjetischen Volkes über einen scheinbar unbesiegbaren Gegner begangen. 27 Millionen Bürger aller Republiken der Sowjetunion verloren in diesem Großen Vaterländischen Krieg ihr Leben. Die Kinder und Enkel der Befreier Europas sorgen heute dafür, daß die Wahrheit über die Verbrechen der Faschisten und die Heldentaten der Roten Armee nicht vergessen werden.

Kontinuierlich werden in Rußland neue Dokumente zum Verlauf des Krieges erschlossen und allen zugänglich gemacht. So auch die Frontberichte der Stabschefs an ihre Vorgesetzten. Auf der Internetseite Gedenken (Erinnerung) des Volkes sind auch die Tage der Befreiung der Stadt Eberswalde dokumentiert und ausdrücklich für die Nutzung freigegeben. Einige Mitglieder des Vereins KONTAKT EBERSWALDE E.V. haben einen kleinen Teil der handschriftlichen Dokumente nach bestem Wissen in Druckschrift übertragen und übersetzt. Es sind Berichte, die Major Volkov, der Stabschef des 1067. Schützenregimentes, in den Kampftagen in Eberswalde geschrieben hat.

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF

Übersetzung der Notizen zum 24. April 1945:

Das Regiment hat entsprechend dem Kampfauftrag des Divisionsstabes einen kurzen Marsch absolviert und zu 2.00 Uhr¹ am 24.04. seine Ausgangsposition für den Angriff 300 Meter nördlich eines namenlosen Baches (5419).²

Die Abteilungen des 1. Schützenbataillons ... haben sich eingegraben, nahmen Gefechtskontakt mit dem Gegner auf, der sich auf einer Höhe 500 Meter südlich von Eberswalde verteidigt. Der Gegner verteidigt sich hartnäckig mit Unterstützung durch Artillerie und Granatwerfer an der angegebenen Gefechtslinie. Durch Faustpatronen³ des Feindes wurden 7 Soldaten des Regiments verletzt. Nach 45-minütiger Artillerievorbereitung begann das Regiment, das in der 1. Staffel das 1. Schützenbataillon zur Verfügung hatte, um 11.45 am 24.04.1945 den Angriff auf den Gegner. Nachdem die hartnäckige Verteidigung der Abteilungen 1314⁴ des Gegners gebrochen wurde, rückte das Regiment um 14.00 Uhr in die Stadt Eberswalde ein, führte den ganzen Tag erbitterte Straßenkämpfe und erreichte um 22.00 Uhr die Kampflinie – 300 Meter nördlich des Finowkanals. In die Straßenkämpfe wurde auch das 2. Schützenbataillon eingeführt. Der Feind leistete die gesamte Zeit hartnäckigen Widerstand gegen die vorrückenden Einheiten des Regiments, insbesondere im Kampf um die Stadt, wobei er sich an jedes Haus geklammert hat. Alle Straßen der Stadt sind verbarrikiert. Die sich verteidigenden Abteilungen unterstützte der Gegner mit schwerer Artillerie aus Haubitzen.

Im Laufe des Tages wurden 200 faschistische Soldaten und Offiziere getötet und 82 Deutsche gefangen genommen.

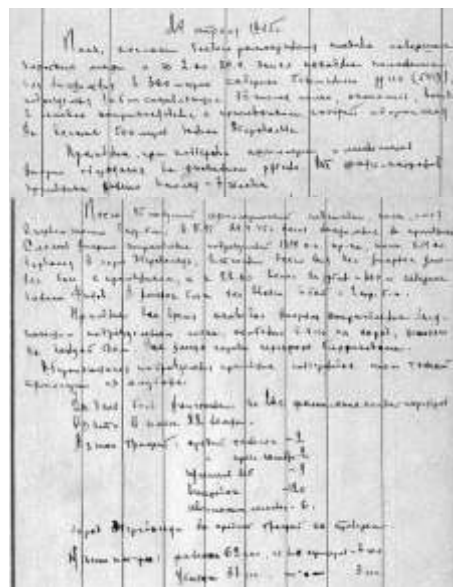
Folgende Trophäen wurden genommen: schwere Geschütze – 2; Waffen mittleren Kalibers – 2; Maschinengewehre – 9; Gewehre – 120; PKW – 6.

Die Stadt Eberswalde wurde bezüglich der Trophäen nicht überprüft.

Unsere Verluste: Verwundete – 62, darunter 7 Offiziere; Tote – 37, darunter 3 Offiziere.

Übersetzung der Notizen zum 26. April 1945:

Das Regiment verteidigt sich an der vorigen Stelle am Südufer des Hohenzollernkanals. Die Kämpfer graben sich ein und führen Gefechte mit dem Gegner. Der Gegner wird verstärkt beobachtet. Der Feind verteidigt das Nordufer des



Die handschriftlichen Aufzeichnungen von Major Volkov, Stabschef des 1067. Schützenregiments der 311. sowjetischen Schützendivision, vom 24. April 1945, dem Tag der Befreiung von Eberswalde. (Quelle: <https://pamyat-naroda.ru/documents/view?id=131987129>)

ХОТЯТ ЛИ РУССКИЕ ВОЙНЫ?

Спросите вы у тишины
Над ширью пашен и полей
И у берёз и тополей
Спросите вы у тех солдат
Что под берёзами лежат
И вам ответят их сыны
Хотят ли русские
Хотят ли русские
Хотят ли русские войны!

Jewgeni Jewtuschenko 1961 / Deutscher Text: Siegfried Siemund

Kanals. Von 23.00 Uhr am 25.04. bis 3.00 Uhr am 26.04. hat die Luftwaffe des Gegners die Stadt Eberswalde bombardiert.

Unsere Verluste durch das Bombardement: Zerstört: 1 Geschütz 76 mm, 1 Geschütz 45 mm, 4 Feldküchen, 8 Fuhrwerke, 36 Pferde wurden getötet.

Im Verlaufe des Tages feuert der Gegner häufig in Richtung unserer Verteidigung und greift die Stadt auch massiv mit Artillerie und Maschinengewehren im nördlichen Teil an. Schwere Artillerie greift die Stadt Eberswalde an...

Verluste des Regiments in 24 Stunden: 9 Tote, darunter 6 Off. und 3 Soldaten 8 Verwundete, darunter 2 Off. und 6 Soldaten.

Anmerkungen:

1 – Zeitangaben in Moskauer Zeit. Im April 1945 galt in Deutschland die Sommerzeit, d.h. 2 Uhr Moskauer Zeit = 1 Uhr MESZ.

2 – Bei dem namenlosen Bach handelt es sich um den Leuenberger Wiesengraben. Die Ziffern bezeichnen das Planquadrat.

3 – vmtl. Geschosse der Panzerfaust.

4 – Laut »Lexikon der Wehrmacht« (www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/FeldAusbDiv/156FeldAusbDiv-R.htm) handelt es sich um das Grenadier-(Feldausbildungs-)Regiment 1314, das zur 156. Feldausbildungs-Division gehörte, die am 12. März 1945 im Wehrkreis III für die Heeresgruppe Weichsel aufgestellt wurde. Als Standort ist Eberswalde angegeben. Zur Division, die ab 15. April 1945 unter der Bezeichnung 156. Infanterie-Division geführt wurde, gehörten noch die Grenadier-(Feldausbildungs-)Regimenter 1313 und 1315 sowie das Artillerie-Regiment 1456, das Pionier-Bataillon 1456 und Divisions-einheiten 1456.

MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN KRIEG?

BEFRAG DIE STILLE, DIE DA SCHWIEG,
IM WEITEN FELD, IM PAPPENHEIM,
BEFRAG DIE BIRKEN AN DEM RAIN,
DORT, WO ER LIEGT IN SEINEM GRAB,
DEN RUSSISCHEN SOLDATEN FRAG!
SEIN SOHN DIR DRAUF DIE ANTWORT GIBT:
MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN,
MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN,
MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN KRIEG?

Die Befreiung der Stadt Eberswalde

Die Stadt Eberswalde wurde am 24. April 1945 von sowjetischen Soldaten befreit. Aus den Frontberichten lassen sich die Tage der Befreiung unserer Stadt detailliert nachvollziehen. Eberswalde besaß erhebliche militärische Bedeutung für den weiteren Vormarsch der Roten Armee. Von den Faschisten war die Stadt zur Festung erklärt worden. Im Rahmen der Berliner Operation sicherte die 61. Armee unter dem Befehl von Generaloberst Pawel Below die Hauptkräfte der 1. Belorussischen Front entlang des Oder-Havel-Kanals (Hohenzollernkanal) nach Norden ab. Die Armee sollte Eberswalde einnehmen und dann weiter in Richtung Elbe vorrücken. →

Zur 61. Armee gehörten das 80. und das 89. Schützenkorps (SK) sowie das 9. Gardeschützenkorps (GSK) mit insgesamt neun Schützendivisionen (SD), die im Regelfall aus 3 Schützenregimentern (SR) und einem Artillerieregiment (AR) bestanden. Die Divisionen, seit Januar fast ununterbrochen im Gefecht, verfügten im April 1945 jeweils noch über 3400 bis 4420 Soldaten.

Die in Eberswalde seit März neu aufgestellten Reservetruppen der Wehrmacht bezogen zusammen mit den von der Oder zurückweichenden Truppen auf den Ostender Höhen gut ausgebaute Schützengräben, die zusätzlich durch einen Panzergraben vom Finowkanal bis zur Artilleriekaserne südwestlich von Sommerfelde gesichert waren. Auch auf dem Höhenrücken südlich von Eberswalde waren Stellungen ausgehoben worden, die sich nach Westen hin südlich des Schwappachwegs bis zu den Drehnitzwiesen erstreckten.

Für den Sturmangriff auf die Stadt am 24. April 1945 stellte Generaloberst Below mit der 23., 311. und 297. SD des 89. SK und der 415. SD des 9. GSK fast die Hälfte seiner Armee bereit.

Die 61. Armee hatte am 17. April bei Hohenwutzen die Oder überwunden und einen Brückenkopf gebildet. Danach stießen die Hauptkräfte der Armee über Bad Freienwalde in Richtung Melchow-Biesenthal-Klosterfelde vor. Das südlich von Eberswalde angreifende 9. GSK nahm am 22. April den Bereich Spechthausen-Schwärzese-Samithsee ein. Auf dem rechten Flügel führte das 89. SK den Angriff von Falkenberg in Richtung Eberswalde. Am Morgen des 22. April erreichte die 23. SD des 89. Korps den östlichen Stadtrand von Eberswalde.

Das 1067. SR der 311. SD hielt zu dem Zeitpunkt noch Stellungen am Ostufer der Oder. Erst im Laufe des 22. April 1945 setzte das Regiment bei Hohenwutzen über die Oder und erreichte nach Märschen über Neuenhagen, Bad Freienwalde und Tornow in der Nacht zum 24. April den Leuenberger Wiesengraben.

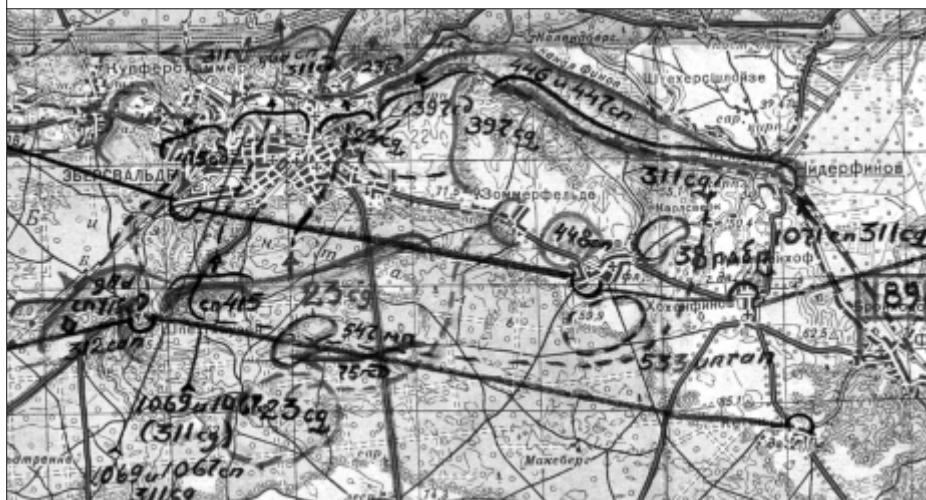
Statt gegen die stark befestigte Front auf den Ostender Höhen anzurennen, hatten die Einheiten der 23. SD die Stadt im Süden umgangen, wo sie zwischen Sommerfelde und Spechthausen die 415. SD ablösten, die sich bis zum 24. April westlich Spechthausen konzentrierte.

Die Front vor Ostende übernahm die 397. SD, die auch weiterhin die Bahnlinie zwischen Sommerfelde und Niederfinow gegen jene faschistischen Truppen sicherte, die sich zwischen Kahlenberg und Niederfinow am Nordufer des Finowkanals verschanzt hatten. In der Nacht zum 24. April schob sich schließlich die nachrückende 311. SD mit dem 1067. und 1069. SR im Bereich Bernauer Heerstraße und Reichsstraße 2 (heute L200) zwischen die 23. und 415. SD.

Am 24. April 1945 begann um 11 Uhr Moskauer Zeit (10 Uhr MESZ) mit einer 45minütigen Artillerievorbereitung der Sturm auf Eberswalde. Das 1067. SR ging auf einer 500 bis 600 Meter breiten Front zum Angriff über. Das Regiment überwand die Verteidigungsstellungen vor der Stadt und drang zwischen Schützenplatz und Danckelmannstraße in das Stadtgebiet ein. Das Regiment kämpfte sich etwa zwischen Weinbergstraße und Maria-Magdalenen-Kirche in Richtung Hubbrücke vor. Bis 22 Uhr war die Innenstadt befreit, der Finowkanal überwunden und eine Linie etwa 300 m nördlich des Finowkanals (im Bereich der heutigen Max-Planck-Straße) erreicht. Im Laufe des 25. April kämpfte sich das 1067. SR westlich der Reichsstraße 2 an den Oder-Havel-Kanal (Hohenzollernkanal) heran. Die Verlustzahlen des Regiments zeugen von der Härte der Kämpfe. Allein am 24. April wurden 99 Tote und Verwundete gezählt, ca. 15 Prozent der Mannschafsstärke. Am Oder-Havel-Kanal erlebten die Soldaten des Regiments in der Nacht vom 25. auf den 26. April auch den deutschen Bombenangriff auf die Stadt Eberswalde.

In der Nacht zum 27. April übergab das 1067. SR seine Stellungen an die Nachbarn, um nördlich von Finow die Front am Oder-Havel-Kanal zu sichern. Der Gegner hatte sich inzwischen in Richtung Joachimsthal zurückgezogen. Über Lichterfelde, marschierte das Regiment in den Folgetagen in westliche Richtung über Liebenwalde nach Neuruppin und Kyritz. Am 8. Mai 1945 hatte das 1067. SR Groß-Leppin erreicht, knapp 20 Kilometer vor Wittenberge an der Elbe.

GERD MARKMANN



100 Sekunden

Antikriegssong neu aufgelegt

ROGER WATERS, einst Frontmann von Pink Floyd, hat in diesem Jahr angesichts der nuklearen Rüstungsspirale eine neue Version von »Two Suns in the Sunset« veröffentlicht.

Das Musikvideo beginnt mit der Warnung auf dem Bildschirm: »Wir stehen bei hundert Sekunden vor Mitternacht auf der Weltuntergangsuhr. So nahe war die Menschheit noch nie einer nuklearen Katastrophe.«

Waters bezieht sich damit auf das Bulletin of Atomic Scientists. Das hatte im Januar 2020 die »Weltuntergangsuhr« auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt und zeigte damit an, daß die Welt einer verheerenden Katastrophe durch Klimawandel oder Atomwaffen näher denn je gerückt ist.

Die Coronapandemie kam als neue Bedrohung hinzu. Zugleich ging das atomare Wettrennen weiter. Die USA sabotieren ein Abrüstungsabkommen nach dem anderen. Das US Strategic Command bekräftigte, daß es bereit, willens und in der Lage ist, einen Atomschlag zu führen. Rußland reagierte und veröffentlichte am 2. Juni seine neue Verteidigungsdoktrin. Unter einer Reihe von Umständen ist auch Rußland bereit, Atomwaffen einzusetzen, auch als Reaktion auf den Einsatz von Atomwaffen, anderer Massenvernichtungswaffen oder eines konventionellen Angriffs.

Währenddessen erwägt die US-Regierung die Wiederaufnahme von Atomtests als Reaktion auf unbewiesene Behauptungen, die besagen, Rußland und China führten Atomwaffentests mit geringer Sprengkraft durch...

Am 20. Juni 2020 reagierte Roger Waters auf den »Wahnsinn« des andauernden nuklearen Wettrennens, indem er eine neue Version des Pink Floyd Anti-Atom-Songs »Two Suns in the Sunset« aufnahm und veröffentlichte.

Der Titel erschien ursprünglich als Schlußsong auf dem PINK-FLOYD-Konzertalbum »THE FINAL CUT« von 1983. Waters, der die Deinvest-Kampagne »Move the Nuclear Weapons Money« unterstützt, nahm den Song mit Session-Musikern auf, die wegen der Covid-19-Pandemie von zu Hause aus teilnahmen.

Das Musikvideo endet mit der Warnung: »Wenn die Weltuntergangsuhr Mitternacht schlägt, sind wir alle tot.«

Nach Informationen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg

Wo bleibt ohne Krieg der Profit?

Geht es um »Sicherheit«, dann muß Geld für Aufrüstung fließen und die NATO muß riesige Manöver planen. Wie viele unschuldige Menschenleben, die einem Krieg zum Opfer fallen, werden da wohl eingeplant?

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Also muß man ihn abschaffen, den Kapitalismus.

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Die Ausrufer der Bundesregierung sind rein außer sich. Fast im Chor trompeten sie gegen einen souveränen Staat, der viel eher Grund hätte, sich zu erregen. Und es auch tut! Aber nach innen, um seinen eingeschlagenen Weg des Friedens beizubehalten. Er tut es in dem Maße, wie es auch im Grundgesetz der BRD Art. 87a für Deutschland geschrieben steht (man lese nach).

Ist es nicht auffällig, daß immer ein großes Geschrei einsetzt, wenn sich Wahlerwartungen nicht erfüllen? Und man weiß dann auch schon vorher: Wahlfälschungen sind vorgenommen worden, sonst käme ein solch überwältigendes Ergebnis für den Sieger nie zustande. Der gleiche Tenor tönt auch aus dem Munde von Noch-Präsident Trump. Verflixt und unzulässig ist eine Wahlniederlage, die nicht sein darf, wenn das große Geld es nicht will.

Wie ist das nun mit Präsident Lukaschenko? Nicht einen bösen Satz hat man aus seinem Munde gegen die BRD gehört. Obwohl die Soldaten im Rahmen eines NATO-Aufmarsches, entgegen den 2+4-Abmachungen von 1990 bis dicht an die belarussische Grenze gerückt sind. Belarus hat sich nicht provozieren lassen. Im Gegenteil: Es hat zur gleichen Zeit behutsam Erleichterungen beim Grenzübertritt und großzügig visafreien Verkehr in den grenznahen Gebieten und um die Hauptstadt Minsk angebahnt. Auch ist Belarus nicht zum Virus-speienden »hotspot« geworden. Was also mischen sich Kanzlerin Merkel und ihr Minister in die inneren Angelegenheiten des friedfertigen Landes ein und drohen sogar Sanktionen an?

Ich war seit 1956 mehrfach in Belarus mit längeren Pausen, zuletzt im vorigen Jahr 2019. Ich bin zwischen Brest und Mogiljow auf und ab durch das Land gefahren. Zuletzt privat bei guten Freunden gelandet und kenne die Verhältnisse, unter denen sie leben in all ihren Facetten recht gut. Anfangs die noch vom erbarmungslosen Kriegsgeschehen, das seit 1914 mit mehr oder weniger kurzen Pausen das Land überzog und nicht nur zerstörte Städte, Betriebe, Einrichtungen und Ländereien hinterließ. Deutsche, Polen, Litauer, Ukrainer und Russen wechselten als Besatzer ab. Die meisten hinterließen Not und Elend. Zuletzt brachte der faschistische Raubzug von 1941 bis 1944 in allem den tiefsten Bruch menschlicher Zivilisation.

Erst der Zusammenschluß in der Sowjetunion brachte Beruhigung und Vertrauen in die eigene Kraft. Fast ohne männliche Arbeitskräfte schufen sie ein neues lebenswertes Land. Kurz gesagt: Sie, die Einwohner der souveränen Republik Belarus, hatten es als Sieger aus dem 2. Weltkrieg noch vielmals schwerer als die Deutschen, die ihnen mit Hilfe von Kollaborateuren dieses millionenfache Elend zugefügt hatten. Beseelt von unbändigem Lebenswillen, unterstützt durch befreundete Menschen aus der großen Völkerfamilie der Sowjetunion entwickelte sich eine neue Generation.

Hände weg von Belarus!



Foto: HELMUT BRAUNSCHWEIG

In Minsk am 3. Juli 2016, dem 25. Jahrestag der Republik Belarus.

Belarus. Dabei reichten die persönlichen Kontakte über alle Lebensbereiche, vom Arbeiter auf dem Land und im Betrieb, über Wissenschaftler, staatliche und gesellschaftspolitische Leiter, engagierte Frauen und Männer bis in die Familien. Ich habe ihr Vertrauen gewonnen und wir verkehrten miteinander wie in einer großen Familie. So erfuhr ich auch, wo es klemmt und daß sie nicht im Überfluß schwimmen. Aber sie setzen im gleichen Zuge große Erwartungen in die Entwicklung ihres Landes unter Lukaschenkos (Spitzname »Bapka«) Führung. Sie freuen sich über jeden Gast, der ins Land kommt und dem kleinen Tourismus weiter Leben einhaucht, weil es ein Teil des Friedens untereinander ist.

Mögen einigen der jetzt noch Lebenden die Erinnerungen verloren gegangen sein, einem anderen Teil der beschwerliche Aufbau zu lange dauern und einer dritten Generation durch den Reichtum der viel weniger in Mitleiden-

schaft gezogenen westlichen Welt der reale Blick getrübt sein, so hat die überwiegende Mehrheit fleißiger, ehrlicher, strebsamer Menschen des Landes Belarus und seines Nachbarn Rußland aus der Geschichte gelernt und läßt sich nicht von den 20 % Oppositionellen aus dem Gleichgewicht bringen.

An dieser Stelle ist es gut, daß die Kommunikationsmittel nicht nur in den Händen der Superreichen und kriegslüsternen Mächtigen der westlichen Hemisphäre liegen. Belarus hat den »Maidan« im Nachbarland miterlebt und will Gleiches oder Schlimmeres nicht erfahren müssen. Die von außen gespeiste Einmischung hat nicht Menschenliebe zum Inhalt, sondern ist Teil der NATO-gesteuerten militärischen Einkreisungsstrategie Rußlands und Chinas. Deutschland darf sich nicht vor diesen Karren spannen lassen! Geben wir die einzig richtige Antwort: Hände weg von Belarus!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Hände weg von Belarus!

Die Auseinandersetzungen in Belarus sind eine innere Angelegenheit der Bevölkerung von Belarus und seiner Regierung. Deshalb fordern wir:

– Keine Einmischung durch NATO, EU und Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen dürfen weder zu einem weiteren Vorrücken von NATO und EU nach Osten, noch im Rahmen der friedensgefährdenden Einkreisungspolitik gegenüber der Russischen Föderation mißbraucht werden.

– Keine Sanktionen gegen Belarus. Sanktionen dienen den Interessen des Imperialismus.

– Volk und Regierung in Belarus brauchen keine Ratgeber, die die Privatisierung öffentlichen Eigentums, den Abbau von sozialen Leistungen oder von Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge fordern. Ratgeber, wie der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank beweisen in Vergangenheit und Gegenwart, daß es ihnen nicht um die Interessen der Menschen, sondern um die Interessen von Banken, Konzernen, ihren Verbänden und Institutionen geht.

Hans Bauer (GRH), Patrik Köbele (DKP), Conny Renkl (KAZ), Arnold Schölzel (Rotfuchs)

Nach dem Aus für die Schweinemast in Haßleben:

Landesumweltamt gründlich durchleuchten

Am 6. Juli lehnte der 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg den Antrag der Betreiberin der Schweinemastanlage Haßleben auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG Potsdam vom 16. Oktober 2017 ab und bestätigte damit das endgültige Aus für die geplante Schweinemastanlage in Haßleben.

Damit ging ein 16-jähriger Konflikt zu Ende. Eine Ermutung für alle umwelt- und natur-schutzorientierten Bürgerinitiativen und die Kläger. Die Presseberichte über dieses Urteil waren nicht durch eine große Variationsbreite geprägt. In fast allen Zeitungen wurden die Statements der Kläger zitiert, angefangen mit dem Deutschen Tierschutzbund, der das Urteil als wichtigen Schritt für das Tierwohl hervorhob, fortgesetzt vom Vorsitzenden des NABU Brandenburg, der eine ganze Region aufatmen sieht, während der stellvertretende Vorsitzende des BUND Brandenburg immerhin darauf hinwies, daß Haßleben nicht das einzige umstrittene Großprojekt in Brandenburg ist. Schließlich wurden noch die kritischen Hinweise des erfolgreichen Kläger-Anwalts und der BI-Initiatorin Sybilla Keitel erwähnt, die festhalten, daß es doch befremdlich ist, wenn Bürger einen 16-jährigen nervenaufreibenden und mit erheblichen finanziellen Belastungen verbundenen Kampf führen müssen, um Recht und Gesetz Geltung zu verschaffen. Immerhin erlaubte sich die MAZ am 9. Juli in der Unterzeile dann doch die Feststellung: »Das Urteil ist eine Ohrfeige für die Behörden, die das Vorhaben durchgewinkt haben«.

Eine Stellungnahme des Landesamts für Umwelt (LfU) findet man nicht. Hat die Leitung die peinliche Niederlage nicht zur Kenntnis genommen? Offenkundig fühlt sie keinerlei Verpflichtung, sich gegenüber der Öffentlichkeit zu erklären. Ganz im alten obrigkeitstaatlichen Selbstverständnis. In der verflorenen DDR galt bei einem Debakel immer die Parole: »Keine Fehlerdiskussion, Genossen, wir blicken nach vorn!« So konnte man zur Tagesordnung übergehen und mußte keine schmerzlichen Konsequenzen ziehen. Mit bekannten Folgen.

Eine offizielle Stellungnahme hat man beziehungsweise Minister Vogel überlassen, der am 10. Juli erklärte: »Das Aus für die Schweinemastanlage Haßleben nach einem über 15 Jahre laufenden Verfahren macht deutlich, daß Genehmigungen für übergroße Tierhaltungsanlagen mit all ihren Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Natur und Umwelt kaum noch rechtssicher erteilt werden können. Genauso wenig ist es möglich, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für derartige industrielle Anlagen zu erreichen.« Das sind geradezu sibyllinische Worte, die einerseits seine kritische Haltung gegenüber den Großanlagen zeigen, andererseits aber auch die soeben vom Gericht geohrfeigte Behörde entlasten. Fairerweise muß man hier darauf hinweisen, daß Axel Vogel mit der Genehmigung von Haßleben nichts zu tun hatte. Jeder weiß, daß der Minister erst durch die letzte Landtagswahl ins Amt gekommen ist. Er

hat mit dem Ministerium und vor allen mit dem LfU ein vergiftetes Erbe übernommen.

Nach dem Aus für Haßleben fragen wir, wie sieht es aus in Brandenburg mit all den anderen umstrittenen Großanlagen, die vom LfU genehmigt wurden oder im Genehmigungsverfahren stehen. Auf der Homepage www.stoppt-den-megastall.de findet man eine Karte von Brandenburg mit 17 umstrittenen Tierfabrikprojekten. Eine kleine Auswahl:

Da wurde in Groß Heßlow eine Anlage für 330.000 Hühner genehmigt und 2016 erfolgreich beklagt. In Tornitz gab es wegen eines fehlerhaften Genehmigungsverfahrens 2016 einen gerichtlichen Baustopp für eine Schweinemastanlage mit bis zu 80.000 Tieren. In Hohenstein wurde eine Anlage für 150.000 Hühner genehmigt. In Eselshütte (Uckermark), im Spreewald und bei Prenzlau wurden Anträge auf die Errichtung von Anlagen für jeweils 39.900 Legehennen gestellt, zum Teil genehmigt, aber auch z.T. durch Gerichtsbeschlüsse wieder untersagt. In der Prignitz bei Gamtow gibt es immerhin ein Projekt für 400.000 Hühner, dem die Genehmigung versagt wurde, das sollten wir auch vermerken.

Vor diesem Hintergrund stellen sich doch einige Fragen bezüglich der Fähigkeit des LfU, seinem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen: »Das Landesumweltamt hat die Aufgabe, die Menschen in Brandenburg vor schädigenden Umwelteinflüssen zu bewahren und die Natur mit ihren Ressourcen zu schützen...« (LfU-Homepage). Es ist in verschiedenen Verfahren, zuletzt im Haßleben, vor den Verwaltungsgerichten deutlich geworden, also richtungsnotorisch, daß das LfU seinem gesetzlichen Auftrag nicht entsprochen hat. Es liegt die Vermutung nahe, daß dies sowohl strukturelle als auch personelle Gründe hat, die geklärt werden sollten.

Dafür gibt es drei Möglichkeiten: die Selbstbefragung und Selbstreinigung der Behörde, wenn dies nicht erfolgreich sein sollte, die Einsetzung einer Kommission aus ministeriellen Mitarbeitern oder die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Ausgangspunkt sollten die erteilten rechtswidrigen Genehmigungen sein, um die Verantwortlichkeiten zu klären und dann nach strukturellen Ursachen für das Behördenversagen zu fragen und nach den entsprechenden Konsequenzen.

Die vom Oberverwaltungsgericht festgestellte rechtswidrige Genehmigung der Großmastanlage in Haßleben sollte nicht schulterzuckend zur Kenntnis genommen werden, sondern Anlaß zu einer gründlichen und energischen Untersuchung der Gründe für das Behördenversagen sein.

HARTMUT LINDNER

380 kV-Freileitung:

Vom Tisch gewischt

Landesbergamt ignoriert Einwände

Die Beschlußlage unserer Bürgerinitiative (BI) ist klar. Wir werden die Genehmigung mit unseren Experten und dem Anwalt prüfen und bei Aussicht auf Erfolg dagegen klagen.

Wir haben im Planergänzungsverfahren unsere gut begründeten Einwände vorgetragen. Sie sind – so der erste Eindruck – vom Vorhabenträger und der Genehmigungsbehörde vom Tisch gewischt worden. Aus unserer Sicht ist die vorgelegte Planung nicht genehmigungsfähig. Auch die von 50 Hertz genannten Minimierungsmaßnahmen können den Vogelschutz nicht garantieren, denn die Markierungen an den Leitungen sind bei Nebel und in der Dämmerung nicht wirksam, da sie von den Vögeln nicht erkannt werden können.

Wirksam wäre in sensiblen Gebieten die teilweise Erdverkabelung. Die BI hat hierzu im Planergänzungsverfahren einen Trassierungsvorschlag eingebracht. Die Möglichkeiten der teilweisen Erdverkabelung zur Sicherung der Belange des Vogelschutzes werden nicht genutzt. Die Leitungsführung geht durch das Eberswalder Stadtgebiet und tangiert auch die Stadt Angermünde, die bereits stark durch Hochspannungsleitungen belastet ist.

Durch eine Umtrassierung, die östliche Umgehung des Biosphärenreservats, hätten diese beiden Städte und das Biosphärenreservat geschont werden können. Der Konflikt ist mit der neuen Genehmigung nicht gelöst, vielmehr geht er in die nächste Runde.

Nicht über unsere Köpfe! Keine 380 kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER, BI-Sprecher

Klimanotstand im Wald

Immer mehr heimische Bäume, befürchtet die Gewerkschaft IG BAU, könnten Dürren, Stürmen und Schädlingen zum Opfer fallen – wenn nicht deutlich mehr für den klimarechten Umbau der Wälder getan wird. Die Gewerkschaft fordert nicht zuletzt zusätzliches Forstpersonal auch im Landkreis Barnim. In Brandenburg sind 2018 bis 2020 insgesamt rund 5,7 Millionen Kubikmeter Schadholz angefallen. Neben den besonders anfälligen Monokulturen aus Fichten und Kiefern trifft es mittlerweile sogar die Buche. Diese seit Jahrtausenden in Deutschland heimische Art leidet zunehmend unter ausgetrockneten Böden und Pilzbefall. Um die Wälder für den Klimawandel zu wappnen, müssen zusätzliche Mischwälder angelegt und resistente Baumarten angepflanzt werden.

Das aber ist eine Mammutaufgabe, für die es viel mehr Förster und Forstwirte braucht als bislang. Betriebe sollten deshalb auch mehr ausbilden und Azubis übernehmen.

ASTRID GEHRKE,

Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland

Demo – Gegendemo

Eberswalde (bbp). Am 5. September plant die AfD eine Demo in Eberswalde. Auch diesmal werde es eine Gegenkundgebung geben, teilte UNTEILBAR EBERSWALDE mit. Beginn ist 15.30 Uhr auf dem Parkplatz der Barnimer Busgesellschaft am Eberswalder Hauptbahnhof.

Antirassistische Aktionstage

Eberswalde (bbp). Anfang September finden die antirassistischen Aktionstage statt (Aufruf unter www.welcome-united.org/de/4166-2/). Die antirassistischen Aktionstage sollen bundesweit stattfinden. In diesem Rahmen wird es voraussichtlich am 3. September nachmittags auf dem Eberswalder Marktplatz ein antirassistisches Kulturfest geben.

»Illegaler Aufenthalt« – Strafverfahren eingestellt

Bernau (bbp). Am 11. August versammelten sich 30 Menschen bei einer Kundgebung vor dem Bernauer Amtsgericht. Wie die Barnimer Willkommensinitiative mitteilt, ging es um ein Strafverfahren gegen einen Geflüchteten aus dem Sudan. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, sich kurz nach seiner Einreise illegal in der BRD aufgehalten zu haben, weil er einige Tage brauchte, bis er sich bei den Behörden meldete, um Asyl zu beantragen.

In seinem Redebeitrag sagte der Betroffene: *»Dieser Druck, den sie auf uns ausüben, schafft nur eine Art neuen Widerstand und wir werden uns weiterhin ihrer Politik widersetzen!«*

Im Gericht ging es dann schnell. Nach einem kurzen Rechtsgespräch zwischen Anwalt, Richter*in und Staatsanwält*in einigten sich alle



Foto: FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN BARNIM

Beteiligten auf eine Einstellung des Verfahrens, die Verfahrenskosten trägt der Staat. So gab es großen Jubel auf der Kundgebung. Doch zu dem Thema bedürfte es weiterhin solidarisches Handeln, sagte eine Teilnehmerin, denn der Staat versuche gerade verschärft, Geflüchtete wegen »illegaler Einreise« oder »illegalem Aufenthalt« zu kriminalisieren.

Wer stoppt die rechtswidrige Praxis des BAMF?

Die Fluchtgeschichte der Familie der beiden Schutzsuchenden aus Syrien, die im Dezember 2018 bei der Ev. Kirchengemeinde Joachimsthal anklopfen, hatte 2012 begonnen und sie über Jordanien, Ägypten nach Libyen geführt. Dort wurden sie 2015 von ihrer Familie getrennt, weil das Geld für die Überfahrt nach Italien nur für 4 Plätze reichte, nicht für 6. Also blieben sie zurück und versuchten, bei nächster Gelegenheit nachzukommen. Eine Schiffspassage war nicht zu finanzieren und so gelangten sie schließlich drei Jahre später auf riskanten Wegen über Melilla ins Schengengebiet und 2018 zu ihrer Familie in Eberswalde.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnte allerdings die Bearbeitung ihres Antrags auf Anerkennung als Asylsuchende und Flüchtlinge ab, da sie über Spanien eingereist waren. Ihre Abschiebung drohte. Die beiden klagten gegen den BAMF-Bescheid und beantragten Rechtsschutz für die Dauer des Verfahrens, um der Abschiebung zu entgehen. Das Verwaltungsgericht (VG) Frankfurt/O. lehnte 2018 den Eilantrag auf Rechtsschutz ab. Die Abschiebung nach Spanien drohte, dessen Asylsystem nach der Schließung der Balkanroute faktisch zusammengebrochen war. Da sprachen die beiden in Joachimsthal in der Kirchengemeinde vor und baten um Hilfe.

In einem umfangreichen Dossier wurde dem BAMF gegenüber erklärt, weshalb die Abschiebung der beiden ältesten Söhne der Familie nach Spanien eine unzumutbare humanitäre Härte darstellt. Das BAMF lehnte das Dossier postwendend ab und drohte bei Aufrechterhaltung des Kirchenasyls mit einer Ausdehnung der Überstellungsfrist auf 18 Monate.

Im März 2019 bewahrte das Kirchenasyl die beiden vor der angekündigten Abschiebung. Weil die Überstellungsfrist auf 18 Monate ausgedehnt worden war, blieben sie bis Juni 2020 im Kirchenasyl. Im März 2020 erklärte das BAMF, daß es wegen der Einreiseperrre nach

Spanien bis auf weiteres keine Abschiebungen vornehmen werde.

Am 16.7.2020 hat das VG Frankfurt/O. über die Klage der beiden gegen die Ausdehnung der Überstellungsfrist entschieden (VG 4L 331/19.A). Das Gericht erkannte, daß die Ausdehnung der Überstellungsfrist wegen Aufsuchung des Kirchenasyls rechtswidrig war und deshalb die Bundesrepublik für die Durchführung des Anerkennungsverfahrens zuständig sei und die beiden bis zum Abschluß des Verfahrens Rechtsschutz genießen.

Der Richter bezieht sich in seiner unanfechtbaren Entscheidung auf die europäische Rechtsprechung und die Urteile mehrerer Obergerichte aus verschiedenen Bundesländern und findet klare Worte: *»Entgegen der Auffassung der Antragseinerin (BAMF) ist in Ansehung des vorliegenden Kirchenasyls keine Möglichkeit der Fristverlängerung nach Art. 29 Abs. 2 Dublin-III- Verordnung eingetreten. Gemäß Art. 29 Abs. 2 Satz 2 Var. 2 Dublin-III-Verordnung kann die Überstellungsfrist auf bis zu 18 Monate verlängert werden, wenn die asylantragstellende Person flüchtig ist. Hieran fehlt es vorliegend...«*

In der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist geklärt, daß ein Antragsteller 'flüchtig' i. S. d. Art. 29 Abs. 2 Satz 2 Dublin-III- Verordnung ist, wenn er sich den für die Durchführung seiner Überstellung zuständigen nationalen Behörden gezielt entzieht, um die Überstellung zu vereiteln. Dies kann angenommen werden, wenn die Überstellung nicht durchgeführt werden kann, weil ein Asylantragsteller die ihm zugewiesene Wohnung verlassen hat, ohne die zuständigen nationalen Behörden über seine Abwesenheit zu informieren...«

Hiernach kann nicht davon ausgegangen werden, daß ein Asylantragsteller, der sich in das Kirchenasyl begeben hat, flüchtig ist, wenn – wie im vorliegenden Fall des Antragstellers – den Behörden dessen ladungsfähige Anschrift bekannt ist (sog. offenes Kirchenasyl...).

Im vorliegenden Fall hätte die in Brandenburg für die Durchführung der Überstellung zuständige Zentrale Ausländerbehörde (ZABH) die Möglichkeit gehabt, eine Überstellung des Antragstellers innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von sechs Monaten durchzuführen. Bei den Räumlichkeiten einer Kirchengemeinde handelt es sich nicht um einen rechtsfreien Raum, so daß die Überstellungsmöglichkeit dort genauso realisiert werden kann wie an anderen Orten, an denen zu überstellende Asylantragsteller angetroffen werden können... Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, daß die Antragseinerin oder die ZABH während der sechsmonatigen Überstellungsfrist Maßnahmen getroffen hätte, denen sich der Antragsteller hätte widersetzen können und die (allein) daran gescheitert wären.« (VG 4 L 331/19.A, Fettdruck H.L.)

Das Urteil kommt zwar für die beiden Schutzsuchenden spät, denn inzwischen ist die vom BAMF verhängte 18monatige Überstellungsfrist überschritten, aber noch nicht abgelaufen, denn sie wurde aufgrund des Abschiebestopps angehalten. Doch das Urteil verschafft ihnen wenigstens die Sicherheit, daß ihr Antrag auf Asylgewährung in Deutschland behandelt werden muß und sie für die Dauer des Verfahrens Rechtsschutz, das heißt auch Schutz vor Abschiebung, genießen.

Für die Ev. Kirchengemeinde Joachimsthal und alle im Kirchenasyl Engagierten ist der Beschluß des VG Frankfurt/O. auch deshalb bedeutsam, weil er als ein weiteres Glied in der Kette der Rechtsprechung bestätigt, daß das Aufsuchen des Kirchenasyls nicht mit Untertauchen gleichzusetzen ist, die Ausdehnung der Überstellungsfrist durch das BAMF also rechtswidrig ist. Es stellt sich die Frage, wer das BAMF daran hindern kann, seine rechtswidrige Praxis fortzusetzen. Der Joachimsthaler Appell (vgl. BBP 4 und 11/2019) liegt seit Karfreitag 2019 in den beiden relevanten Ausschüssen des Deutschen Bundestags.

HARTMUT LINDNER

Leningrad und Stalingrad

Vor 75 Jahren endete der 2. Weltkrieg mit der totalen Niederlage Deutschlands im totalen Krieg, den Goebbels nach Stalingrad ausgerufen hatte. Totale Vernichtung als Ziel gehörte indes schon von Beginn an zum Programm der deutschen Faschisten.

Anfang September 1941 war die deutsche Wehrmacht bis nach Leningrad vorgedrungen. Die Eroberung im Handstreich mißlang. Aber die Stadt mit vier Millionen Einwohnern war eingeschlossen. Eine 900 Tage andauernde Blockade begann. Die Wehrmachtsführung dachte, die Menschen in Leningrad würden den Kopf verlieren und die Stadt aufgeben. Vier Millionen Menschen sollten verhungern und verdursten.

Die Leningrader hungerten, eine Million verhungerte. Vor allem im ersten Kriegswinter starben täglich Tausende an Hunger und Kälte. Bald gab es keinen Hund und keine Katze mehr. Aber die Leningrader blieben standhaft. Der Ladoga-See wurde zur »Straße des Lebens«, die einzige Verbindung zum »großen Land«.

Doch Hitler und seine Wehrmachtsgeneräle hatten sich verrechnet. Der Zusammenbruch des »maroden bolschewistischen Systems« blieb aus. Die Sowjetmenschen verteidigten ihre Heimat gegen einen Feind, der die totale Unterdrückung und Vernichtung der »slawischen Untermenschen« auf dem Programm hatte.

Im November 1941 marschierten die Teilnehmer an der Parade zum Jahrestag der Oktoberrevolution danach direkt an die Front, um Moskau gegen die Faschisten zu verteidigen. Wenn Rußlands Präsident Wladimir Putin zur

Siegesparade, die in diesem Jahr wegen der Coronapandemie nicht am 9. Mai, sondern im Juni – genau 75 Jahre nach der Siegesparade von 1945 – stattfand, die Soldaten und Offiziere und das ganze Volk zum Sieg über den deutschen Faschismus beglückwünscht, dann hat das einen tiefen Sinn.

Die Kriegsveteranen werden in Rußland hoch verehrt und so wird das Lied immer wieder mit Stolz gesungen: *Vaterland, kein Feind soll dich gefährden. Teures Land, das uns're Liebe trägt. Überall. Dem Alter Schutz und Ehre.*

Ich habe das selber auf Schritt und Tritt gespürt, als ich mit meinen Genossen vor einigen Jahren zum Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus in Moskau war. Die jungen Leute in der Metro sprangen auf und boten mir ihren Sitzplatz an. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sind die Kriegsveteranen alle gratis gefahren. Wir fühlten uns geehrt.

Es möge sich NIE wieder so ein furchtbarer Krieg wiederholen. Fast alle Sowjetbürger verloren in diesem grausamen Krieg Angehörige. Auch die jungen Generationen haben das nicht vergessen. Das »unsterbliche Regiment« wurde inzwischen zur weltweiten Bewegung.

Christen mögen wohl zu Gott beten, daß sich so etwas nicht wiederholt. Aber solche Gebete waren schon im 1. Weltkrieg vergeb-

lich. Der Gaskrieg in Frankreich hatte vielen Soldaten gezeigt, daß es keinen Gott gibt. Ich wäre vielleicht nicht aus der Kirche ausgetreten, wenn mein Cousin und mein Bruder nicht als 20jährige bei Stalingrad gestorben wären.

Leningrad und Stalingrad. Was damals passierte, darf nicht vergessen werden.

Denken die USA auch so, wie die Hitlerfaschisten? Und die BRD und die Europäische Union machen mit. Leningrad und Stalingrad. Schon in der Bibel stand: Wer das Schwert erhebt, wird durch das Schwert sterben.

Die USA verlieren an Einfluß und Achtung. Sie werden sich total ändern müssen. Wie Hitler vor Leningrad, sehen die USA Blockaden als Allheilmittel gegen unliebsame Staaten (Kuba, Venezuela, China, Rußland, Belarus ...).

Aggressivität als Ausdruck von Schwäche, Wahn und Gier. Dieses Konglomerat ist gefährlich. Die Widersprüche kommen nun in den USA selbst zur Entfaltung. Aktuell steht der Rassismus, seit dem US-amerikanischen Bürgerkrieg ein ungelöstes Problem, im Mittelpunkt. Rassismus ist ein Teilproblem und zugleich Bedingung für das Herrschaftssystem des US-Imperialismus. Eins ist klar: Ein US-Präsident Biden wird dieses Problem nicht lösen.

Wenn die Völker zusammenstehen und die USA zurechtweisen, werden die Blockaden gegen Kuba und alle anderen eines Tages der Vergangenheit angehören. Daß Kuba durchhält – wie einst Leningrad – ist bewiesen. Die friedliebenden Menschen aller Völker werden siegen! Hoch lebe die internationale Solidarität!

NORBERT GLASKE

Auf den Spuren gelebten Lebens

Nachdem wir das geplante Treffen pandemiebedingt mehrfach verschieben mußten, konnte die STUDIENGRUPPE KOREA – ORTSGRUPPE EBERSWALDE am 10. August endlich HEINZ ENGELHARDT begrüßen. Unser Gast las aus seinem Lebensbericht »Der letzte Mann. Countdown fürs MfS«, den er gemeinsam mit Peter Böhm verfaßt hat.

Nichtsahnend, was die Lesung mir geben würde, sah ich als ein ehemaliges Flüchtlingskind aus Westpreußen (heute Polen) bereits in seinen ersten Darstellungen Parallelen zu meinem Lebenslauf: Geburtsort Thorn, Flucht nach Westen, Notunterkunft im Südharz, Vater vermißt, nach Bad Freienwalde gezogen, hier weiter zur Schule und ins Leben gegangen. In der sich entwickelnden jungen sozialistischen DDR unterschieden sich dann allerdings unsere Lebenswege.

Heinz Engelhardt wurde 1944 in Ostpreußen geboren, machte im Vogtland sein Abitur und verpflichtete sich dann zum Dienst in einer Wachereinheit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). In einer vielfältigen Laufbahn, von manchen Brüchen begleitet, stieg er in der Militärlaufbahn bis zum General aufwärts. Disziplin, Konsequenz und Fleiß mit einem hohes Maß an politischem Bewußtsein ließen ihn viele Aufgaben erfolgreich meistern.

Heute saß er nun in unserer Mitte, einst jüngster Generalmajor in der DDR, der am

15.01.1990 die Aufgabe erhielt, die DDR-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Modrow zu beraten und zu unterstützen. Im gemeinsamen Gespräch zeigte er die damaligen Probleme, Hindernisse und Schmähungen der Mitarbeiter des MfS auf. Sollte zunächst ein Verfassungsschutz der DDR aufgebaut werden, stand bald die Auflösung des AfNS/MfS auf der Tagesordnung.

Wie Tausende andere DDR-Bürger mußte sich bald auch Heinz Engelhardt beruflich neu orientieren. Auf der Suche nach Arbeit schulte er zum kaufmännischen Angestellten um und arbeitete schließlich zwölf Jahre erfolgreich in einem Reisebüro. Parallel dazu war und ist er immer bestrebt, seinen Genossen und Genossinnen Recht und Anerkennung zu erstreiten.

Nach seinem von großer Leidenschaft geprägten Vortrag beantwortete er unsere Fragen: War die DDR noch zu retten? Weshalb nahm das MfS Aufgaben wahr, welche durch die Polizei vorgenommen werden sollten? Warum wurden die jungen Demonstranten auf der

Straße festgenommen, wir als kritische Leiter in den Kombinatn nicht? Welche Rolle spielten die Frauen in der Umsetzung der Arbeiten und welche Dienstgrade haben sie erreicht? So gingen die Fragen an den Autor immer weiter.

Seine Antworten waren selbstkritisch, offen, Verständnis suchend und mit einer tiefen Überzeugung der Richtigkeit der Vorstellung, die Welt verbessern zu können. Immer führte er uns an den Beispielen das heutige Erleben in der Bundesrepublik vor Augen. Er ermahnte uns, mit klaren Standpunkten gegen das Vergessen unserer Lebensleistungen anzugehen, die Geschichten, Erfahrungen der Jugend und den Schulkindern immer neu aufzuarbeiten und zu hinterlegen.

Mit diesen Worten waren wir zwei Flüchtlinge aus dem Osten, mit so unterschiedlichen beruflichen Entwicklungen, wieder in einer Übereinstimmung zur Gestaltung einer künftigen, neuen Zeit. Erinnern wir uns deshalb der Worte von Eric Hobsbawm aus »Gefährliche Zeiten« ein Vergessen niemals zu gestatten: Die Vergangenheit ist ein anderes Land, aber bei denen, die einmal dort gelebt haben, hat sie ihre Spuren hinterlassen.

Mit einem Blumenstrauß bedankte sich die Vorsitzende der Frauenkommission Agnes Grüning bei Heinz Engelhardt, der versprach, bald erneut zu kommen. **KARL DIETRICH**

Summer in the City

CARSTEN GROBE und BURGHARD KÜHN (ehem. Musiker u.a. bei Cäsar und die Spieler bzw. Monokel) machen seit 30 Jahren gemeinsam Musik. Als »BLANK« präsentierten sie am 16. August vor dem Panketaler Rathaus eigene Songs und zahlreiche bekannte Hits aus den 60er, 70er und 80er Jahren. »Here comes the Sun« von George Harrison hätte passender nicht sein können, strahlte die Sonne doch kräftig auf die gut 150 Zuhörer, die sich zum Teil von den Schirmen des KAFFEE MADLEN vor der Sonne schützen ließen bzw. unter Bäumen »Zuflucht« suchten.

Im Namen des Vereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« begrüßte die stellvertretende Vorsitzende IRMGARD REIBEL die Gäste dieser ersten Veranstaltung des Vereins nach Beginn der Coronapandemie. BERT EULITZ von »Studio 7«, der den Kontakt zu den Musikern vermittelt hatte, verwies auf die nach wie vor prekäre Lage der Kunst- und Musikschaffenden, die noch immer kaum Auftrittsmöglichkeiten hätten und von der Politik vergessen worden seien.



Foto: KUNSTBRÜCKE PANKETAL E.V.

Ohne lange Vorrede begannen Carsten Große und Burghard Kühn mit ihrem Programm. Zwischen den Titeln – Klassikern oder zu unrecht vergessenen Perlen der Popmusik der letzten vier Jahrzehnte – gaben sie die eine oder andere Anekdote aus ihrem langen Musikerleben preis. Auch sie zeigten sich, ebenso wie das gespannt lauschende Publikum, dankbar für diese Auftrittsmöglichkeit. Es sei auch ihr erstes Konzert seit Corona und sie freuten sich über das deutlich sichtbare Interesse der Zuhörer an ihrer Musik. In der Pause sammelten Mitglieder des Kulturvereins Spenden ein, die den eintrittsfreien Auftritt der Vollblutmusiker finanzieren halfen. Auch dabei äußerten zahlreiche Gäste Freude und Dankbarkeit und zeigten dies auch großzügig.

Der zweite Teil des zweistündigen Konzerts endete mit mehreren Zugaben. Gäste, Musiker und Veranstalter verließen den Platz vor dem Rathaus Panketal mehr als zufrieden.

»Die Kunstbrücke plant ja in den nächsten Wochen weitere Veranstaltungen wie Lesungen, Konzerte u.ä.«, erklärte der Vereinsvorsitzende NIELS TEMPLIN. »Deshalb war dieser Tag auch so etwas wie ein Probelauf. Ein Probelauf, der aus unserer Sicht gut funktioniert hat und uns zuversichtlich auf die nächsten Wochen blicken läßt«.

THORSTEN WIRTH

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 2):

Der Eberswalder Wurscht Maxe

Einen WURSCHT MAXE gab es in viele Städten. Der Eberswalder Wurscht Maxe kam aus Lichterfelde. Lichterfelde war ein Dorf tief im Wald gelegen, nordwestlich von Eberswalde. Zu erreichen war Lichterfelde nur mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Busse verkehrten damals noch nicht. Die Brücken über den Oder-Havel-Kanal waren nach dem Krieg zerstört. Anstelle der Mäckerseebrücke verkehrte eine Fähre. Die Lichterfelder Wassertorbrücke war befahrbar, wurde aber von der Bevölkerung gemieden, weil sich rechts und links der Wassertorbrücke Sperrgebiete der Sowjetarmee befanden. Wurscht Maxe betrieb eine Bockwurstbude auf dem Grundstück Eisenbahnstraße 95, angrenzend an das Café Kleinschmidt. Die Bockwurstbude war ca. 8 m lang und 3 m hoch. Vor der Bockwurstbude waren zwei Stehtische, an denen die Kunden ihre Bockwürste auf einem rechteckigen Pappteller verzehren konnten. Man mußte sich nicht anstellen, aber es gab einen regen Kundenstrom. Eine Bockwurst war zu damaliger Zeit eine besondere Delikatesse. Viele Bürger hatten nicht das Geld, sich eine Bockwurst zu leisten. Es gab schließlich noch Lebensmittelkarten.

In der Bockwurstbude residierte Wurscht Maxe. Ein Mann von mächtiger Statur mit einem wuchtigen Kopf, auf dem eine weiße Kochmütze thronte. Er war einer der ganz wenigen Dicken zu seiner Zeit. Es gab witzige Bemerkungen, er sei so dick, weil er alle Bockwürste selber ißt. Wurscht Maxe erreichte Eberswalde mit einem Seitenwagenmotorrad, Typ AWO. Manchmal fehlte auch der Seitenwagen. Die Sattel auf dem Krad verschwanden dann unter seinem mächtigen Körper.

Nun weilte eines Tages Wurscht Maxe in Westend. Er wollte schnell nach Lichterfelde und bat einen Bekannten von mir, ob er ihn nicht mit seinem Motorrad nach Lichterfelde befördern könne. Lichterfelde war nur über die Lichterfelder Wassertorbrücke zu erreichen. Die Zufahrtsstraße dahin war aber teilweise mit Kopfsteinpflaster befestigt. Mein Bekannter

fuhr eine der ersten ES (ES steht für Einzylinder-Schwinge) Motorräder. Es war ein Krad mit Vollschwingen Fahrwerk, sehr gut geeignet für holprige Straßen, aber speziell bei den früher hergestellten Fahrzeugen gab es ein unangenehmes Lenkerpendeln. Es verstärkte sich, wenn der Schwerpunkt des Motorrades nach hinten rückte. Das war dann äußerst problematisch für meinen Bekannten, einen 60 kg Mann, und Wurscht Maxe, der hinten auf der Sitzbank saß, während für meinen Bekannten nur der hintere Teil des Kraftstofftanks zum Sitzen blieb. Es war für meinen Bekannten eine erlebnisbetonte Motorradfahrt.

Aber es gab noch eine andere Geschichte über Wurscht Maxe. Im Jahre 1956 gastierte erstmals in Eberswalde der Zirkus AEROS. Dieser veranstaltete einen Werbeumzug durch die Eisenbahnstraße mit Pferden, Artisten und Elefanten. Angeführt wurde der Umzug von zwei Stelzenläufern. Diese erreichten eine Höhe von ungefähr 4 bis 5 Metern. Am Eingang des Zirkuszeltens verkauften sie das Programmheft, und mußten sich tief bücken, um das Programmheft gegen Bargeld umzutauschen. Genau diese Stelzenläufer konnten aber, während der Umzug an der Bockwurstbude vorbeizog, den Verlockungen der Bockwurst nicht widerstehen. Sie kauften jeweils eine Bockwurst auf einem Pappteller und plazierten diesen dann auf dem Dach der Bockwurstbude um dann die Bockwurst zu essen.

Bleibe noch nachzutragen, bevor an der Stelle, wo die Bockwurstbude stand, ein Neubau errichtet wurde, verschwand Wurscht Maxe. Ein neuer schlanker Wurscht Maxe mit einer sogenannten Schiebermütze bediente fortan. Schon nach ungefähr zwei Jahren war zu erkennen, daß der neue Wurscht Maxe auf dem besten Wege war, die Statur seines Vorgängers zu erreichen. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Die Bockwurstbude wurde abgerissen und das Haus wurde gebaut, das heute noch dort steht.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Buchlesung am 15. September im Café am Weidendamm:

Hans Becker: Der Sonderermittler

Eberswalde (bbp). Vom tödlichen Absturz des ZK-Politbüro-Mitglieds Werner Lamberz, dem Angriff auf einen Wagen der Sicherungsgruppe von Erich Honecker über den Mord eines MfS-Offiziers an seiner Ehefrau bis hin zu den aufwühlenden Knabenmorden in Eberswalde – HANS BECKER hat nicht nur diese, sondern noch unzählige Kapitalverbrechen und Katastrophenfälle mehr als Ermittler bearbeitet.

Am 15. September kommt Hans Becker nach Eberswalde. Um 15 Uhr liest er auf Einladung der Eberswalder »Rotfuchs«-Gruppe im Café am Weidendamm aus seinem Buch »Der

Sonderermittler. Als Kriminalist in Diensten des MfS«. Hans Becker war Angehöriger, später Leiter des Referats 1 (unnatürliche Todesfälle) der Hauptabteilung IX/7 des MfS. Als »Sonderermittler«, wurden er und seine Kollegen immer dann hinzugezogen, wenn Verbrechen und Todesfällen bzw. zivilen Katastrophen auch eine mögliche politische Bedeutung beigemessen wurde. Es ist der Report eines Insiders, der bei Serien- und anderen Morden, merkwürdigen Todesfällen, spektakulären Rauben, Havarien in Betrieben und großen Katastrophen in Bahn- und Luftverkehr ermittelte.

Stiftung WaldWelten:

1. Eberswalder Tomatenfestival

Am 13. September findet auf dem Gewächshausgelände des Forstbotanischen Gartens in der Zeit von 10 bis 17 Uhr das erste Eberswalder Tomatenfestival statt.

Auf dem diesjährigen Tag der Sortenvielfalt, der nur als Verkaufsaktion im Rahmen der Wochenmärkte im Brandenburgischen Viertel und auf dem Marktplatz Eberswalde stattfand, entstand die Idee, im Herbst ein »Tomatenfestival« zu veranstalten.

Eine regelmäßige Teilnehmerin am Tag der Sortenvielfalt, Regine Henschel – »Karierte Tomaten« – hat solch ein Festival bereits im Jahr 2018 im Schloßgarten Oldenburg und im Jahr 2019 den Tomaten- und Paprikatag in Bautzen mitorganisiert und wird ihre Mitstreiter nun nach Eberswalde holen. Es handelt sich dabei um Tomaten- und Gemüseaktivisten aus ganz Deutschland (Hamburg, Hannover, Berlin, Braunschweig und Garmisch Partenkirchen) sowie Akteure aus dem Barnim (insgesamt acht bis zehn Tomatenliebhaber).

Hobby- und Profigärtner werden etwa 400 bis 500 verschiedenen Tomatensorten zur Schau stellen. Es wird eine Verkostung von Tomaten geben und die Besucher erhalten Informationen zu Tomaten. Einige werden Samen für die verschiedenen Tomatensorten anbieten, einige werden auch Tomaten verkaufen. Darüber hinaus sollen Paprika, Chili, Aubergine, Kürbis und Melonen sowie Kräuter in einem breiten Spektrum und großer Sortenvielfalt vorgestellt werden.

Der Autor Peter Schurz präsentiert Bücher über Tomaten.

In Zusammenarbeit der Stiftung WaldWelten mit dem Forstbotanischen Garten der HNEE und unterstützt durch die Stadt Eberswalde soll nun am 13.09. das Festival als kleiner Ersatz für den in diesem Jahr ausgefallenen Tag der Sortenvielfalt durchgeführt werden. Für das leibliche Wohl sorgt Globus Naturkost Eberswalde.

VERONIKA BRODMANN

Gratulation: Rainer Thiel wird 90

Dr. Rainer Thiel gehört nicht nur seit vielen Jahren zu den Autoren der »Barnimer Bürgerpost«. Vielen Eberswaldern dürfte er auch als Unterstützer der Proteste gegen die Schließung der Albert-Einstein-Schule bekannt sein. Eine Lesung seines Buches über den Schülerstreik in Storkow inspirierte im Frühjahr 2006 die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule im Brandenburgischen Viertel, ihrerseits für die Rettung ihrer Schule in den Streik zu treten.

Der Storkower Rainer Thiel war damals selbst oft hier und ist seither mit vielen Eberswaldern freundschaftlich verbunden. In der Bürgerpost schrieb er viele Artikel, beispielsweise zu den Themen Arbeitszeitverkürzung, Eigentum und Herrschaft, zur Dialektik und vieles mehr.

Wir wünschen ihm alles Gute, noch viel Schaffenskraft und vor allem Gesundheit.

DR. MANFRED PFAFF und
GERD MARKMANN

Liebe und andere Schwierigkeiten

Am Samstag, dem 5. September, kommen die Uckermärkischen Bühnen Schwedt nach Joachimsthal, zum Kulturhaus Heidekrug 2.0 in der Brunoldstraße 1, mit der szenischen Lesung »Geschichten über Liebe und andere

Schwierigkeiten« aus der Serie »Les(e)bar«. Beginn ist 19.30 Uhr. Karten kosten 15 Euro.

Das Leben ist eines der schwierigsten und die Liebe sowieso – immer und zu allen Zeiten. Und so lesen die SchauspielerInnen Adele Schlichter und Lennart Olafsson kleine und große, frivole und romantische, lustige und tragikomische Geschichten über die Liebe und das Leben, über Männer und Frauen, über die Gründe, warum sie besonders gut oder eben gar nicht zusammenpassen. Über den Mut, den es braucht, sich aufeinander einzulassen oder gar den ersten Schritt zu wagen, und über das Wunderbare, das geschieht, wenn das gelingt. Über das Leben im Allgemeinen und die Liebe im Besonderen, von der wir so oft glauben, sie nie wieder erleben zu können. Die Liebe, die dann doch immer wieder neu, überraschend, dramatisch, komisch, bezaubernd und großartig ist.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Wandertips

von BERND MÜLLER

Wanderung rund um Brodowin

Sonntag, 6. September, Brodowin, das Dorf der sieben Seen (Rundweg 8,3 km)

Gudrun Jäger führt von der Buswendeschleife über die Brodowiner Karpaten auf einem Rundweg zuerst nach Pehlitz. Von Pehlitz aus machen wir einen kleinen Abstecher zum Pehlitzwerder, wo uns im Haus Pehlitzwerder ein Mittagssimbiß erwartet. Es besteht die Möglichkeit, kurz baden zu gehen (Eintritt Campingplatz). Danach wandern wir zurück nach Pehlitz, folgen dem Rad-/Fußweg Richtung Brodowin und erreichen über die Dorfstraße unseren Ausgangspunkt.

Die durch die Eiszeit geformte Landschaft hält viele Überraschungen für uns bereit. Wer möchte, kann unterwegs zwei Aussichtspunkte ersteigen, von wo aus wir alle sieben Seen entdecken können.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt und eine Registrierung wegen Corona ist erforderlich. Die Abstandsregeln bitten wir einzuhalten.

Treff: 11 Uhr Buswendeschleife am Ortsende in Richtung Liepe, Brodowiner Dorfstraße 42, 16230 Chorin, Ortsteil Brodowin

125 Jahre NaturFreunde

Die NaturFreunde Deutschlands werden 125 Jahre alt. Anlässlich dieses Jubiläums führen die NaturFreunde einen Erlebnistag für Kinder und Erwachsene durch.

Während die Kinder am NaturErlebnis-Programm »4 Elemente: Wasser – Erde – Luft – Feuer« teilnehmen, können die Erwachsenen sich eine für sie geeignete Wanderung aussuchen und mitmachen.

Anfahrt ab Eberswalde/Bad Freienwalde/Strausberg als Selbstfahrer oder Mitfahrer in Fahrgemeinschaften. Alle Infos auf www.bergfrei.de oder unter 03344/3002881.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder oderland@naturfreunde.de. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brbg. kostenfrei.

JamSession im Kiez

Eberswalde (bbp). Die Gemeinschaftsgärtner im Brandenburgischen Viertel (Beeskower/Ecke Schorfheidestraße) öffnen am Sonntag, den 12. September, ab 18 Uhr das Gartentor für eine JamSession. »Wir hoffen auf einen milden Septemberabend am Lagerfeuer und viel Spaß am gemeinsamen Musikkreieren...«, sagt Pua B. Hansen vom Gemeinschaftsgarten ZusammenWachsen. »Wir sind gespannt, was für Instrumente ihr denn mitbringen werdet (unser Garten hat keinen Strom). Da wir nur beschränkt Stühle haben, bringt bitte Sitzmatte o.ä. mit.« Auch an Snacks und Getränken darf jeder beisteuern, was sie/er beisteuern kann oder will.

Kommunales Kino: »Undine«

Am 4. September, um 19.30 Uhr, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 den Film »Undine« (2020) im Heidekrugsaal. Der Eintritt kostet 6 Euro.

»Undine« ist Regisseur Christian Petzolds Neuinterpretation des Mythos der geheimnisvollen Wasserfrau Undine, die nur durch die Liebe eines Menschen ein irdisches Leben führen und eine Seele erlangen kann. In Petzolds Verfilmung verliebt sich die Stadthistorikerin Undine (Paula Beer) in einen Industrietaucher (Franz Rogowski) und geht mit ihm auf gemeinsame Tauchgänge. Ein modernes Märchen in einer entzauberten Welt, überzeugend übertragen ins heutige Berlin. (Länge: 90 Minuten, FSK 12).

60 Jahre Haus der Naturpflege

Mit aktualisierter Dauerausstellung in der Rudolf-Behm-Hütte

Bad Freienwalde (bbp). Am 5. September erinnert das »Haus der Naturpflege« in Bad Freienwalde um 10 Uhr mit einer Festveranstaltung für geladene Gäste an »70 Jahre Naturschutzzeile – Schilder in Ost und West«. Am Nachmittag ab 15 Uhr folgt dann für alle das diesjährige Herbstfest im Garten des Hauses der Naturpflege. Auch hier geht es um »70 Jahre Naturschutzzeile«. Gefeierte werden außerdem »60 Jahre Haus der Naturpflege« und »20 Jahre Stiftungswald Schorfheide/Chorin«.

Nach den Darbietungen der Kretschmann Oberschule und Märchenerzählungen mit RoSaRo gibt es dann um 17.30 Uhr eine »Lesung mit Posaune« mit Hellmuth Henneberg und Karsten Noack. Auch Tino Eisbrenner ist angesagt. Zeitgleich wird im Heuhotel für die kleinen Gäste das Puppentheater »Das Wildvögelein« aufgeführt. Der Abend klingt ab 19 Uhr mit einem Konzert mit »Los Knackos«, der Big Band des Gymnasiums »B. Brecht« und der Musikschule MOL aus.

Im Rahmen des Herbstfestes werden die Ausstellungen »Das Herbarium von Rosa Luxemburg« der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin und »70 Jahre Naturschutzzeile. Schilder in Ost und West« von Friedhelm Scheel zu sehen sein. Mit dabei sind die Stephanuswerkstätten (Keramik), der Regionalverband der Kleingärtner, es gibt Steinofenbrot, Honig und Bienenprodukte sowie Filzprodukte und es werden die

verschiedensten Kartoffelsorten vorgestellt. Anlässlich des Herbstfestes stellt Rudolf Behm aus Eberswalde, gemeinsam mit Kurt Kretschmann Autor des bereits in 5. Auflage erschienenen Buches »Mulch total. Ein Weg in die Zukunft«, die aktualisierte Dauerausstellung in der **Rudolf-Behm-Hütte** vor. Der Eberswalder Mulchgärtner hat fast die Hälfte der Informationstafeln der Hütte erneuert.



Klimawandel vor der Haustür

Der Verein »Elements. Bildung und Kultur in der Eimer Welt e.V.« ruft zum Wettbewerb »Der Klimawandel vor unserer Haustür« auf.

Was bedeutet der Klimawandel bei Euch in Eurer Region? Welche Folgen hat der Klimawandel vor Eurer »Haustür«? Was hat sich verändert und seid wann? Eingereicht werden können Artikel, Fotos, Zeichnungen und Videos. Mitmachen lohnt sich: Der 1. Preis wird in Höhe von 500 Euro, der 2. Preis in Höhe von 200 Euro und zwei 3. Preise werden in Höhe von jeweils 100 Euro vergeben. Mehr Infos gibt es unter www.climateproject.de.

Climateproject Team

Henneberg in Joachimsthal

Joachimsthal (bbp). Wer die »Lesung mit Posaune« am 5. September im Bad Freienwalder »Haus der Naturpflege« verpaßt hat, kann zumindest die Lesung mit HELLMUTH HENNEBERG im Joachimsthaler Bienengarten (Joachimsplatz 1-3) nachholen. Am Donnerstag, den 10. September, liest dort der Moderator und Buchautor auf Einladung der Brunoldbibliothek aus seinem neuen, noch unveröffentlichten Buch »Die Stunde des Gärtners«. Voranmeldungen unter 033361/64646 oder br-joachimsthal@web.de. Achtung: Klappstühle mitbringen!

Rentensprechstunde

Die nächste Rentensprechstunde der Volkssolidarität in Eberswalde findet am Mittwoch, dem 9. September, von 10 bis 12 Uhr in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) statt. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen.

Die Rentensprechstunde findet derzeit **nur auf Anmeldung** statt. Anmeldung bitte bei Frau Nikitenko unter Telefon 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 26. August 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. September 2020.